

Posener Zeitung.

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

Donnerstag, 15. August

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Insertat 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile vom
deren Raum, dringende Anfragen 5 Sgr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an
demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
Hr. Pruski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichstr. 4.
Grätz bei Herrn F. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Dauter & Co.

Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Kudolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Hanssen & Vogler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kuhn.

Nr. 380.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen an-
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Verathungen über die Volksschule.

Die „Prov.-Corr.“ beschäftigt sich heute in ihrem Leitartikel mit den Konferenzen, welche im Monat Juni im Kultusministerium in Betreff des Volksschulwesens stattfanden. Wenn das halb-
wöchentliche Blatt jetzt diesen seinerzeit in der Presse vielbesprochenen Ge-
genstand wieder aufnimmt, so darf man wohl nicht in dem Mangel
geeigneten Stoff zur Besprechung die Veranlassung dazu suchen,
sondern darin vielmehr einen Fingerzeig erkennen, daß der Kultusmi-
nister mit der Abicht umgeht, gleichzeitig mit der gesetzlichen Regelung
des Unterrichtswesens durch Einbringung eines Unterrichtsgesetzes in
der nächsten Landtagssession eine zeitgemäße Abänderung der im Ver-
waltungsweg getroffenen Bestimmungen über die Volksschule, also
eine Umgestaltung der Regulative, welche von sämtlichen Mitgliedern
der Konferenzen als wünschenswerth zugegeben wurde, herbeizuführen.
Der betr. Leitartikel lautet:

Die Schulverwaltung hat jüngst einen ausführlichen Bericht über
die Verhandlungen in Betreff des Volksschulwesens veröffentlicht, welche
vor Kurzem im Unterrichtsministerium stattgefunden haben.

Die in diesen Konferenzen gepflogenen Erörterungen bezogen sich
auf den eigentlichen Kern des Volksschulwesens, auf den Inhalt, das
Ziel und die Mittel der Volksbildung. Die von der Unter-
richtsverwaltung erlassenen Bestimmungen über diese Gegenstände sind
wesentlich in den sogenannten Schulregulativen vom 1. 2. und 3.
Oktober 1854 enthalten. Eine erneute Erwägung dieser Bestimmungen
ist im Laufe der letzten Jahre so vielfach in Anregung gekommen, daß
der jetzige Kultusminister Dr. Falk diesem weitverbreiteten Verlangen
schon vor der in Aussicht genommenen gesetzlichen Regelung des ge-
samten Unterrichtswesens entgegenkommen wollte.

Wenn auch die gesetzlichen Vorschriften über das Volksschulwesen
und die von Seiten der Verwaltung zu treffenden Anordnungen in
engem Zusammenhang stehen, so ist es doch nach den Erklärungen des
Ministers nicht ausgeschlossen, in letzterer Beziehung Abänderungen,
falls sie sich als notwendig erweisen, eintreten zu lassen, ehe ein all-
gemeines Unterrichtsgesetz, dessen Zustandekommen von manchen Vor-
bedingungen abhängt, in Wirksamkeit treten kann. Andererseits mußte
dem Leiter der Unterrichtsverwaltung bei jeder Aenderung auf dem
Gebiete des Volksschulwesens wegen der hohen Wichtigkeit des Gegen-
standes für das gesamte Staatswohl die sorgfältigste Vorbereitung
dringend geboten erscheinen.

Während in gegenwärtiger Zeit grundsätzliche Auffassungen, die
man seit Jahrzehnten für richtig gehalten, in Zweifel gezogen werden
und die veränderten Beziehungen zwischen Staat und Kirche eine un-
vermeidliche Rückwirkung auf die Stellung der Volksschule üben, ist
gleichzeitig erkennbar, daß die Ansichten weiter Kreise über das Volksschul-
wesen noch nicht genügend geklärt sind. Deswegen glaubte der
Minister, vor jeder Beschlußnahme in der wichtigen Angelegenheit die
Meinungen einer größeren Anzahl von Männern hören zu müssen,
auf die er das Vertrauen setzen durfte, daß sie bei aller Verschieden-
heit des Standpunktes sich in der Beurtheilung der bezüglichen Fragen
nur durch das Interesse für die Sache selbst leiten ließen. Es kam
dem Minister, wie er selbst beim Beginn der Verathungen andeutete,
darauf an, zunächst die Erfahrungen solcher Männer kennen zu lernen,
die unmittelbar durch ihren Lebensberuf Gelegenheit gefunden haben,
sich mit den Bedürfnissen der Volksschule in den verschiedenen Theilen
des preussischen Staatsgebiets vertraut zu machen. Zur Theilnahme
an den Verathungen war deshalb, außer den an den Angelegenheiten
der Volksschule näher beteiligten Mitgliedern des Unterrichtsmini-
steriums, eine größere Anzahl von Schulrathen und Schulmännern ver-
schiebener Stellung berufen worden. Außerdem waren mehrere her-
vorragende Mitglieder der Landesvertretung herangezogen, welche seit
Jahren ein besonderes Interesse für die Fragen des Volksschulwesens
bekundet hatten und deren Auffassungen besonders im Hinblick auf den
Zusammenhang des Volksschulwesens mit dem gesamten staatsbürger-
lichen Leben beachtenswerth erschienen.

Die Verathungen fanden vom 11. bis 20. Juni statt, und am
Schlusse derselben konnte der Kultusminister, welcher persönlich den
Vorsth geführt hatte, den Mitgliedern der Konferenz für ihre rege
Theilnahme danken, während aus dem Schooße der Versammlung
dem Minister lebhafter Dank dafür zu Theil ward, daß er den Ver-
handlungen seine unausgesetzte Theilnahme geschenkt und den ver-
schiedenen Ansichten über die erörterten Gegenstände den freiesten Aus-
druck verstatte hatte.

In der That war allen wichtigeren Fragen des Volksschulwesens
die vielseitigste Beachtung geworden und dadurch die Absicht des
Ministers verwirklicht, daß kein Standpunkt, der bei einer so tief in
das Volksleben eingreifenden Angelegenheit überhaupt Anspruch auf
Berücksichtigung hat, unberücksichtigt bleiben sollte. Andererseits hatte sich
aus den eingehenden Erörterungen klar genug herausgestellt, wie weit
in manchen Punkten die Ansichten über die Aufgaben der Volksschule
auseinandergehen und wie überaus schwierig es ist, das Maß der
Forderungen festzustellen, die dem vorhandenen Bedürfnis und
den eigentlichen Zielen der Volksschule unzweifelhaft entsprechen.
Gerade deshalb hat man mit besonderer Aufmerksamkeit und Be-
friedigung diejenigen Punkte zu beachten, auf denen ein fast vollkommenes
Einverständnis oder doch eine daran grenzende Uebereinstimmung der
Ansichten zu Tage getreten ist.

In erster Linie ist hervorzuheben, daß die Frage, ob
eine zeitgemäße Abänderung der im Verwaltungsweg
getroffenen Bestimmungen über die Volksschule, also
eine Umgestaltung der erwähnten Regulative, wünschens-
werth sei, von keiner Seite verneint wurde.

Der Kultusminister selbst hatte in seiner Einleitungsrede sich
unumwunden für die Angemessenheit einer Revision ausgesprochen,
und das Reformbedürfnis bildete gewissermaßen die anerkannte Vor-
aussetzung aller weiteren Erörterungen. Nur über den Umfang der
empfehlenswerthen Abänderungen machten sich mehr oder minder er-
hebliche Meinungsverschiedenheiten geltend. Doch läßt sich aus den
vorliegenden Berichten erkennen, daß die überwiegende Mehrheit für
das Gute, was auf dem Boden der bisherigen Einrichtungen geleistet
worden, volle Anerkennung hat und bei den in Vorschlag gebrachten
Verbesserungen darauf Bedacht nimmt, weder die gewonnenen Erfah-
rungen unberührt zu lassen, noch die eigentlichen Aufgaben und Ziele
der Volksbildung in Gefahr zu setzen.

Von hervorragender Wichtigkeit waren selbstverständlich die Be-
rathungen, welche den Religionsunterricht in der Volksschule zum
Gegenstand hatten. Für dieses Gebiet stellt die preussische Staatsver-
fassung einen leitenden Grundsatz auf, indem sie im Artikel 24 zwar,
wie der Kultusminister erklärend bemerkte, der Volksschule nicht
schlechthin einen konfessionellen Charakter beilegt, aber doch vorschreibt,
daß bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen die konfessionellen
Verhältnisse mitsamt zu berücksichtigen seien.

Zunächst war die Versammlung einstimig der Ansicht, daß Ver-

schiedenheit des Glaubensbekenntnisses von der Aufnahme in die Schule
nicht ausschließen dürfe. Dem Ausfallen des Religionsunterrichts aus
dem Stundenplan der Schule redete Niemand das Wort. Nur von
einer vereinzelten Stimme in der Versammlung wurde die gänzliche
Fernhaltung des Konfessionalismus aus der Schule befürwortet
und ausdrücklich beantragt, den konfessionellen Unterricht der Volksschule
mit allen seinen Konsequenzen aufzuheben; doch erklärte selbst
der Urheber dieses Antrages nachträglich, daß er keinen „naturalistisch-
rationalisirenden“ Unterricht in der Religion wolle. Noch ein anderer
Redner empfahl einen allgemein gehaltenen „christlichen Religions-
unterricht“, der den Kindern der beiden Konfessionen durch denselben
Lehrer erteilt werden könne, und vertrat die Ansicht, daß durch den
gemeinschaftlichen Religionsunterricht die Stellung der Konfessionen
eine friedlichere werden würde. Dagegen gingen alle übrigen Mit-
glieder der Versammlung, die sich an der Erörterung beteiligten, da-
von aus, daß der Religionsunterricht auf Grundlage der Konfession
zu erteilen sei. Es wurde namentlich hervorgehoben, daß die Einheit
der Volksschule ungeachtet der Trennung des Volks in Konfessionen
und der Einwirkung der letzteren auf den Religionsunterricht bestehen
könne.

Auch gegen den Unterricht im Katechismus traten nur vereinzelte
Bemerkungen hervor. Dagegen wurde von anderer Seite versichert,
daß die Gemeinden verlangten, daß die Kinder möglichst in das Verständ-
niß des Katechismus eingeführt würden. Im Uebrigen herrschte Ein-
verständnis darüber, daß Katechismus getrieben werden müsse. — Ge-
gen das Lernen von Kirchenliedern sprach sich kein Mitglied der Kon-
ferenz aus, wenn auch über die Zahl derselben, wie über die Zahl der
zu lernenden Sprüche verschiedene Meinungen zum Ausdruck kamen.
— In Betreff der auf den Religionsunterricht zu verwendenden Stun-
den wurde von einigen Mitgliedern ein Vorschlag gemacht, 4 Stunden
wöchentlich beizumessen. Dagegen hielten die meisten Stimmen an der
Zahl von 6 Stunden fest; doch war die Versammlung im Allge-
meinen darüber einig, daß der Religionsunterricht in der Schule ein-
geschränkt werden könne, sobald die Kinder von den Geistlichen zur Ein-
segnung vorbereitet würden.

Schon die hier angedeuteten Thatsachen legen Zeugniß
dafür ab, daß die vom Kultusminister berufene Kon-
ferenz den wichtigen, ihrer Begutachtung unterworfenen
Fragen mit Ernst und Gewissenhaftigkeit näher getreten
ist. Das Ergebnis dieser Verathungen kann schon des-
halb als ein erfreuliches gelten, weil dieselben zur Klar-
stellung, vielfach auch zur Ausgleichung der Ansichten
beigetragen und in weiteren Kreisen die Ueberzeugung
verbreitet haben, daß die Regierung auf die Zustimmung
und Unterstützung sachverständiger und einflussreicher
Männer zählen darf, wenn sie an die Anordnungen in
Betreff der Volksschule mit Entschlossenheit, aber mit
Vorsicht die bessernde Hand anlegt.

In hohen militärischen Kreisen haben, wie die „Post. Ztg.“ schreibt,
die von der „Revue de deux mondes“ kürzlich geschilderten Pläne,
welche Frankreich 1870 gegen unsere Seeküsten hatte,
großes Interesse erregt:

Man stellt nicht in Abrede, daß bei der ausgedehnten Entwic-
klung, welche das französische Seetransportwesen als Hilfsmittel der
Strategie in neuerer Zeit gewonnen, Angriffe von der See her für
die Franzosen glänzende Resultate erzielen können, namentlich bei wohl-
überlegten und geschickt ausgeführten Wechselwirkungen der Flotte und
der Landarmee. Die durch den französischen Contre-Admiral Bouet-
Villaumez ins Leben gerufenen Einrichtungen des Seetransportwesens
sind ganz vorzüglich und übertreffen alle Erwartungen. Die Aus-
schiffung der Franzosen im Krimkrieg hat dies bis zur Evidenz be-
wiesen. In kaum zwölf Stunden waren ungefähr 20,000 Mann und
59 bespannte Geschütze mit der jugendlichen Bagage, Wagen, Pontons,
Lazarethen, Munitionskolonnen und den nöthigen Vorräthen gelandet.
Augenblicklich hat Frankreichs Flotte allein 63 für den Transport von
Truppen besonders hergestellte Dampfschiffe, von denen ein jedes ein
ganzes Regiment mit Sach und Pack aufnehmen im Stande ist.
Alein man ist der Ansicht, daß wenn wirklich bei Weissenburg, Wörth
und Forbach der Sieg auf französischer Seite gewesen wäre, ein fran-
zösisches Armeecorps von 40,000 Mann, wie es beabsichtigt war, nicht
hingereicht haben würde, um uns mit Erfolg von der Nord- und Ost-
see aus anzugreifen. Die Ausführung einer Landung gehört zu den schwie-
rigsten Aufgaben der Kriegsführung und kann nur mit einer bedeutenden Ar-
mee bewirkt werden, welche nach geschener Landung sofort den Gegner
auf dem Lande zu bekämpfen vermag. Die Landung der Allirten in der
Krim im September 1854 wurde nicht gelungen sein, wenn nicht die
Flotte derselben (33 Linienfahrzeuge, 102 Kriegsschiffe und Schlepddampfer und
420 Transportschiffe mit ungefähr 92,000 Mann) so bedeutend gewesen
wäre. Würde auch die französische Flotte den Fall angenommen, daß
sie eine genügende Anzahl Landtruppen an Bord gehabt hätte, einen
geeigneten Landungspunkt, deren es unter den besetzten Häfen an
den deutschen Küsten bekanntlich nicht viele giebt, gefunden haben, so
wäre es noch sehr fraglich gewesen, ob der Feind unsere
Küstenvertheidiger bis zum letzten Augenblick über die Wahl
des Landungspunktes hätte täuschen und sich so den Vortheil der
strategischen und taktischen Ueberraschung, ohne welche überhaupt eine
Landung nicht gut denkbar ist, sichern können. Unsere ganze Küste
unterlag einer sorgfältigen Bewachung. Die bedrohten Punkte waren
durch ein gut organisiertes Telegraphennetz untereinander und mit den
rückwärts liegenden Truppen derartig verbunden, daß, und wäre auch
die feindliche Flotte noch so stark gewesen, der Gegner noch während
der Landung mit einer starken Truppenmacht hätte überfallen und
unschädlich gemacht werden können. Zahlreiche Kanonenboote kreuzten
fortwährend an der Küste, um das feindliche Geschwader aufzufinden,
zu beobachten und die Befestigungstruppen in Kenntniß über den Auf-
enthalt desselben zu erhalten. Jedem einzelnen Truppentheile war eine
gewisse Küstenstrecke zur Reconnoissance zugewiesen. An den eine
feindliche Landung besonders begünstigenden Punkten waren Verschan-
zungen mit Strandbatterien besetzt, hergestellt, um das Aussehen der
feindlichen Boote und das Landen der feindlichen Truppen durch
Beschießen mit Granaten und Schrapnell zu verhindern.

Deutschland.

△ Berlin, 14. August. Daß die wiederholte Warnung vor dem
Auswandererschwindel, namentlich aber auch vor dem neuesten
großartigen Coup, der von Brasilien aus gemacht worden, kein über-
flüssiger gewesen, sondern eine Sache von großem Ernst und augenblick-
licher Dringlichkeit betrifft, dürfte daraus ersichtlich sein, daß heute auch
das halbamtliche Organ der Regierung dasselbe Thema behandelt. Bei
dieser Gelegenheit dürfte noch einmal auch darauf hinzuweisen sein,

daß den Auswanderern nicht genug gerathen werden kann, ihr Geld
nicht in den Einschiffungshäfen, sondern erst in Amerika selber in die
dort übliche Münze umzusetzen. Die Gründe dieser Warnung sind
schon oft erwähnt worden; wenn der Auswanderer nicht geradezu mit
falschem Bargeld u. s. w. betrogen werden, so erleiden sie jedenfalls
große Verluste an ihrer Baarschaft. Dagegen ist es zu empfehlen, sich
vor der Abreise mit Wechseln auf amerikanische Häuser zu versehen,
und zwar am Besten auf die Deutsche Gesellschaft in Newyork, welche ja
speziell zur Hülfsleistung für Auswanderer gegründet ist. Im Interesse
der letzteren dürfte es liegen, die Agenturen dieser Gesellschaft in Deutsch-
land, mit welchen sie sich in Verbindung zu setzen haben, namhaft zu
machen. Es sind dies: Max Obermayer in Augsburg, Hardt u. Co.
in Berlin, Rüdiger u. Co. in Bremen, Ed. Kölle in Karlsruhe, Louis
Pfeiffer in Kassel, der A. Schaaffhausensche Bankverein in Köln, die
Bank für Handel und Industrie in Darmstadt, Robert Thode u. Co.
in Dresden, A. Siebert in Frankfurt, die Geraer Bank in Gera, Jo-
hannes Schröder in Hamburg, die Hannoverische Bank in Hannover,
Gebrüder Zimmern in Heidelberg, die Filiale der Geraer Bank in Leip-
zig, die Mitteldeutsche Kreditbank in Meiningen, Josef von Hirsch in
München, L. Breusing in Osnabrück, Aug. Ungern in Pforzheim, die
königl. Württembergische Hofbank in Stuttgart. — Was die „Prov.
Corr.“ über die Verweigerung der Auswanderungsgesuche an Mil-
itärpflichtige mittheilt, hängt, wie ich höre, mit einer direkten Anord-
nung des Kaisers zusammen, der bei Gelegenheit eines solchen Gesuchs
sich in bestimmter Weise dahin ausgesprochen hat, daß man nicht durch
Gewährung solcher Gesuche die Auswanderung begünstigen solle.

□ Berlin, 14. August. Morgen Nachmittag findet die Bestä-
tungsfier und die Ueberführung der Briefe des verstorbenen Prof.
Dr. Friedrich Eggers zum Hamburger Bahnhof vom Trauerhause
in der Königsgräber Straße aus statt. Der Tod hat in den letzten
Tagen unter unsern besten Mitbürgern reiche Ernte gehalten. An
Eggers verliert die Kunst einen ihrer genialsten Kritiker. Er war ein
ästhetisches Genie, ein feiner Kopf, ein edler Mensch. Der Minister
Falk hatte Eggers' ganzen Werth erkannt und ihn im Interesse des
Staates an sich gezogen. An der Schwelle zu neuen Ehren und Aus-
zeichnungen, zu einer erfolgreichen Wirksamkeit für Viele raffte ihn der
Tod hinweg. Er wird fortleben, ob er gleich gestorben ist. — Aus
den Schulregulativen traurigen Andenkens soll eine neue
Schulordnung werden. Der Minister Dr. Falk bearbeitet letztere
in seiner schlesischen Waldeinsamkeit auf Grund der Resultate jener
Juni-Konferenzen, die er zu seiner Information hierher berief. Wir
erfahren, daß sämtliche Mitglieder jener Konferenzen die Regulative
in ihrer stichförmigen Gestalt verworfen. Früher galten sie für eine
exemplarische Arbeit, und wenn Herr v. Mühlher in der Kammer auf
sie zu sprechen kam, so wurde er vor lauter Begeisterung salbungsvoll.
Nicht anders seine orthodoxen Nachbeter. Dr. Falk nimmt die
Geister mehr in Zucht, und das stimmt sie kritischer. Jetzt plötzlich haben
die Regulative Mängel. Gottlob, daß man's eingesehen, und ein
Glück, daß ihre Umgestaltung in eine neue Schulordnung ein nüch-
terner juristischer Verstand wie der des Dr. Falk vornimmt. Vielleicht
wird aus der neuen Schulordnung etwas ganz Leidliches; die höchste
Zeit wäre es. Denn die Schulregulative haben die Seminarien ent-
völkert, die Gemeinden und den Staat in die allergrößte Verlegenheit
gebracht, weil es plötzlich an Lehrpersonal gebricht. Wer wollte auch
im Ernst, anstatt Lehrer zu sein, in Dressur sich üben? Nur schade,
daß Falks Berufung ins Unterrichtsministerium um so viel Jahre
später erfolgt, als Herr Mühlher Minister gewesen ist.

△ Berlin, 14. August. So bedeutend die Leistungen der deutschen
Eisenbahnen auch während des letzten Krieges gewesen sind, so ha-
ben im Laufe dieses Jahres doch die ausgedehntesten Ermittlungen
stattgefunden, um dieselben erforderlichen Falls noch zu einer weit be-
trächtlicheren Höhe zu steigern. Es sind diese Ermittlungen vorzugs-
weise auf die Beschaffenheit der Bahnhöfe gerichtet gewesen, für
welche die Nebengeleise, die nutzbare Länge derselben, die Ausweichge-
leise, die zur etwaigen Errichtung von Verpfeß- und sonstigen Sta-
tionen geeigneten Baualleheiten, die Wasserleitungen und vielerlei Ma-
schinen in dem Zeitraum von 24 Stunden aus demselben gespeist wer-
den können, aufgenommen und verzeichnet worden sind. Zugleich sind
die ihrer Lage nach dafür irgend in Betracht kommenden Eisenbahn-
höfe in Hinsicht ihrer örtlichen Verhältnisse genau untersucht worden,
um die Herstellung der für die zur Ein- und Ausschiffung größerer
Truppenmassen und zur Absendung größerer Transporte erforderlichen
Vorrichtungen binnen höchstens 48 Stunden ins Werk setzen zu können.
Gleicherweise hat über die Zahl und Art der Werkstätten auf den ein-
zelnen Bahnhöfen eine Aufnahme stattgefunden. Dem Vernehmen nach
hofft man dadurch die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen, welche 1870
durchgehends täglich für zweigleisige Bahnen 18, für eingleisige 12
Züge betragen hat, in einem etwaigen künftigen Falle auf 24 resp.
15 bis 18 Züge steigern zu können. Mehr kommt bei diesen Erfundi-
gungen jedoch wohl noch in Betracht, die Vermittlungen im Voraus
festzustellen und zu Händen zu besitzen, welche erforderlich sein werden,
um, wie französischerseits im letzten Abschnitt des Feldzugs von 1870/71
geschehen, auf den Schienenwegen unausgesetzt große Reservetrans-
porte von Lebensmitteln, Munition u. s. zu jeder beliebigen Nachsendung
bereit zu halten, und um, mindestens auf geringere Entfernungen,
gleich ganze Divisionen resp. Armeecorps nach einem gegebenen Punkt
überführen zu können, was allerdings namentlich für die Grenzgebiete
und bei einem längeren Defensivverfahren der eigenen Armee, wie ein
solches während der ersten zwei Drittel der Zernirung von Paris ge-
boten gewesen ist, von der höchsten Wichtigkeit erscheinen dürfte. —
Dem Vernehmen nach steht voraussichtlich schon für das nächste Jahr
eine Verstärkung des ostasiatischen Geschwaders zunächst min-
destens um eins der neuen Aviso-Kanonenboote zu gewärtigen. Eine
Erweiterung dieses Geschwaders zu zwei Korvetten und zwei Aviso
war übrigens schon vor mehreren Jahren in Aussicht genommen wor-
den, und ist schon bei Inbannahe des „Albatros“ und „Nautilus“
die Absicht einer künftigen Verwendung derselben ausdrücklich hervor-
gehoben worden. Mittlerweile haben allerdings die genannten beiden
Fahrzeuge durch ihre Zuweisung zur Küstenflotte eine anderweitige
Verwendung erfahren, die jedoch ebenförmig wie bei den schon vor-
handenen Kanonenbooten ihre Entscheidung in entfernte Meere aus-
schießen würde. Die schwierige Gestaltung der ostasiatischen Verhält-

nisse dürfte außerdem früher als sonst vielleicht zu erwarten gestanden hätte, die bereits in der Denkschrift über die Marine in Aussicht gestellte Errichtung einer eignen Marine-Station in den dortigen Meeren erforderlich erscheinen lassen. Ob und inwiefern die erwähnten Verhältnisse eine ernste Verwicklung zunächst zwischen China und England in Aussicht stellen, läßt sich bei dem geringen Uebereinstimmen der bisher hierüber aus Ostasien verlautbarten Nachrichten freilich noch nicht beurtheilen, gewiß aber ist und früher auch schon in dieser Zeitung berichtet worden, daß bei dem Krupp'schen Etablissement vor längerer Zeit sowohl aus China, wie aus Japan Bestellungen auf Geschütze aufgegeben worden sind, wobei indeß erwähnt werden muß, daß sich wenigstens in Japan nach anderweitigen Mittheilungen die Umbildung der japanesischen Armee auf europäischen Fuß in voller Ausführung begriffen befindet, und wofür die kriegerische Deutung, welche englischerseits diesem Vorgang beigelegt wird, deshalb wohl noch kaum zutreffen möchte.

— Se. Majestät der Kaiser u. König machten in Gastein am Sonntag Vormittag nach Beendigung des Gottesdienstes eine Spazierfahrt und einige Besuche und ertheilten nach der Rückkehr mehrere Audienzen. Mittags hatten der Fürst Koban, der Botschafter des Deutschen Reiches in Wien, General von Schweinitz, und der General Freiherr von Mantuffel die Ehre des Empfanges und wurden, sowie auch der Pfarrer Frommel, später zur Tafel gezogen.

— Die Kaiserin von Oesterreich, deren Besuch hieselbst von mehreren Blättern in Aussicht gestellt wurde, wird, wie die „Neue Preuß. Ztg.“ hört, nicht hierher kommen.

— Der Kriegsminister Graf v. Roon ist von Teplitz nach seinem Gute Gütergoh zurückgekehrt.

— Das Dezernat in Kunstfachen im Kultusministerium ist nach dem Tode des Professor Eggers einstweilen an den Geheimen Regierungsrath Lucanus und v. Wuffow übergegangen.

— Die Wahl des Professors Dr. Gneist zum Rektor der Berliner Universität für das nächste akademische Jahr hat hier in den wissenschaftlichen Kreisen überall einen recht günstigen Eindruck gemacht. Wie man nachträglich erfährt, ist die Wahl nicht ohne Schwierigkeiten zu Stande gekommen, es konkurrierten noch die Professoren Bessler und Meyerstraf, so daß es zu einem zweiten Wahlgange kam, in welchem die Stimmen für den letztgedachten Professor auf Gneist übergingen und diesem die Wahl sicherten. Derselbe bekleidet zum ersten Male die Rektorswürde.

— Der Direktor des k. k. statistischen Bureaus, Geh. Regier.-Rath Dr. Engel, verläßt heute Berlin, um sich zum statistischen Kongreß nach Petersburg zu begeben. In seiner Begleitung befindet sich der berühmte belgische Statistiker Duetel, der Rektor der Statistik, welcher trotz seiner 77 Jahre die weite Reise von Brüssel nach Petersburg nicht scheut. Dem Kongresse wird übrigens das später hier erscheinende hochbedeutende Werk über die Statistik der Verluste des Feldzuges von 1870/71 vorgelegt werden. Nach den Ausweisen desselben Werkes beträgt die Zahl der Todten bei dem gesammten deutschen Heere 40,881 Mann. Davon sind im Gefecht gefallen 17,572; ihren Wunden erliegen 10,710; verunglückt 316; durch Selbstmord gestorben 30. An Krankheiten verstorben: an der Ruhr 2000, am Typhus 6965, am gastrischen Fieber 159, an den Pocken 261, an der Lungentzündung 3, 500, an anderen akuten inneren Krankheiten 521 Mann, an der Schindlucht 529, an anderen chronischen Krankheiten 249, plötzlich 94, ohne Angabe der Krankheit 556, ohne Angabe der Todesursache 419 Mann. Die Zahl der Vermissten beträgt 4009.

DRG. Da in neuer Zeit in den kirchlichen Fragen resp. über die gegen die renitenten Bischöfe und katholischen Geistlichen zu ergreifenden Maßregeln nichts Neues verlautete, so ist hier und da Befürchtung laut geworden, die Angelegenheit sei eingeschummert und es werde überhaupt Seitens der Staatsregierung in dieser Angelegenheit nichts weiter unternommen werden. Abgesehen davon, daß diese letztere Ansicht durchaus dem Charakter unseres leitenden Staatsmannes strikte widerspricht, der noch nie bei seinen Maßregeln auf halbem Wege stehen geblieben, und schon aus diesem Grunde gar keinen Glauben verdient, so hören wir, daß schon binnen Kurzem weitere Schritte in die Öffentlichkeit gelangen werden, welche die Staats-

regierung in dieser Frage in Aussicht genommen hat. Eingeweihte bringen den Umstand, daß einstweilen über diese Schritte nichts verlautet mit der kürzlich stattgehabten Konferenz von Kirchenrechtslehrern in Verbindung, an welcher bekanntlich die Professoren Friedberg, Gneist, Hübler, Hirschius und Meyer theilnahmen. In dieser Konferenz sollen alle Rechtspunkte einer eingehenden Besprechung unterzogen worden sein, welche mit der schwebenden Frage irgendwie in Verbindung gebracht werden können. Ueber diese Konferenz selbst und die hierbei zu Tage getretenen Ansichten verlautet jedoch nichts, da die Theilnehmer an derselben sich gegenseitig das Wort gegeben haben, hierüber nichts in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Hieraus läßt sich auch der Werth und der Anspruch auf Wahrheit ermessen, welchen die hierüber in die Öffentlichkeit gedruckten Mittheilungen zu machen haben.

— Der „Badische Beobachter“ druckt den Protest der Elsäßisch-Lothringischen katholischen Geistlichkeit gegen das Jesuitengesetz ab. Derselbe ist ein Machwerk, wie man es im Interesse der Partei nicht besser verlangen kann. Freilich wird es wirkungslos bleiben. Der Protest schließt mit folgenden Worten: Wir erblicken in dem Jesuitengesetze einen Eingriff in die Gewissensfreiheit, einen Eingriff in die katholische Kirche und die katholische Familie.

— Die „Köln. Z.“ meldet angeblich von unterrichteter Seite über die von dem Kultusminister veranstaltete Konferenz von Kirchenrechtslehrern:

Die Konferenzen stehen zunächst in gar keinem Zusammenhange mit irgend einem einzelnen Differenzfalle zwischen dem Kultusministerium und einem katholischen Geistlichen; sie sind also durchaus nicht mit der Angelegenheit des Bischofs Krenn in Beziehung zu bringen. Ferner handelt es sich nicht um die Abfassung von Beschlüssen, sondern lediglich um gutachtliche Aeußerungen über Gesetzgebungsfragen, welche das Verhältnis des Staates zur Kirche betreffen. Man wird annehmen dürfen, daß dieser gutachtliche Befragung ganz bestimmte Pläne, etwa in der Form eines Programmes, unterbreitet wurden, worüber dann ein Meinungsaustausch stattfand. Es haben zu diesem Behufe überhaupt zwei Besprechungen stattgefunden. Außer dem Prof. Friedberg haben übrigens u. A. an den Konferenzen Theil genommen: die Professoren Gneist, Hübler, Hirschius, Meyer aus Posen. Die Konferenzen waren vertraulich, ihr näherer Inhalt wird daher nicht bekannt werden; wohl aber verlautet, daß man Grund hat, mit ihrem Verlaufe und ihren Resultaten zufrieden zu sein.

— Aus dem Programm des deutschen evangelischen Kirchentages, welcher, wie bereits mitgeteilt, am 1. Oktober beginnen soll, entnehmen wir, daß Dienstag 10. Okt. Staatsminister a. D. Dr. v. Bethmann-Hollweg über die Aufgabe des deutschen evangelischen Kirchentages in der Gegenwart sprechen wird. Für die folgenden Tage steht u. A. Folgendes verzeichnet:

Mittwoch den 2. Oktober, unter Leitung des engeren und weiteren Ausschusses: Die evangelische Kirche und der Staat im deutschen Reich. Referent: Konfistorialrath Prof. Dr. Baur aus Leipzig. — Kongreß für innere Mission. Donnerstag, den 3. Oktober, Berichterstattung des Zentralausschusses für innere Mission. Dr. Wichern. Die Mitwirkung der evangelischen Kirche bei Lösung der ländlichen Arbeiterfrage. Referent: Prof. Freiherr v. d. Goltz aus Königsberg. — Freitag, den 4. Oktober, unter Leitung des Zentralausschusses für innere Mission: Der Lehrermangel, eine Gefahr für das deutsche Volksleben. Referent: Seminarlehrer Dr. Schneider aus Berlin. Bericht über die Spezialkonferenzen, betr. die Auswanderungsfrage und Diskussion.

— Durch das Schulaufsichtsgesetz vom 11. März d. J. ist die Möglichkeit gegeben, daß die einem Pastor obliegende Schulinspektion auf eine andere Person übertragen werde. Bei einem solchen Uebertrage der Geschäftsführung müssen selbstverständlich die bezüglichen Akten und Archivalien dem neuen Amtsvertreter zur Verfügung gestellt werden. Dem zufolge kann die Einheitlichkeit der Pastoralarchive, wie sie bisher gesetzlich festgestellt war, hinsichtlich der Schulfachen nicht allgemein aufrecht erhalten werden. Daraus entsteht die Nothwendigkeit, in den Pastoralarchiven die Schulfachen so geordnet zu halten, daß dieselben stets ohne Zeitverlust und Verwir-

rung dem Archive entnommen und einem etwaigen anderen Vertreter der Schulinspektion überwiesen werden können. Da ferner eine neue Vertretung vielleicht nur für einzelne Schulen des bisherigen Inspektionsbezirks angeordnet wird, so muß die Sondernung der Schulfachen nicht bloß von den Kirchenfächern z. überhaupt, sondern auch hinsichtlich der einzelnen Schulen unter einander so weit als möglich durchgeführt werden. Die Provinzialbehörden haben hiernach Anlaß genommen, die Kirchenvisitationen aufzufordern, bei den Spezialvisitationen nach diesen Gesichtspunkten die Pastoralarchive zu prüfen, nöthigenfalls geeignete Anordnungen zu treffen und über das Resultat der Prüfung, wie die getroffenen Verfügungen beachtet worden, zu berichten.

— Im Anschlusse an den vom Landtage vereinbarten Normaletat für höhere Lehranstalten hatte sich eine Anzahl von Städten dazu bereit gefunden, auch ihrerseits die Gehaltsätze der Lehrer dem Normaletat entsprechend zu erhöhen. Die Zahl derjenigen Städte, welche diese Maßnahme ohne Erhöhung des Schulgeldes durchgeführt haben, so daß die Gehaltsätze schon vom 1. Juli d. J. in erhöhtem Maße bezahlt werden konnten, ist nach der „Köln. Z.“ erfreulich Weise ziemlich umfangreich, doch bleibt zu wünschen, daß auch die technischen Lehrer, welche bisher bei den Gehaltsaufbesserungen nicht bedacht waren, der Wohlthat derselben bald theilhaftig werden möchten.

— Der Magistrat hat in Betreff der Rußbarmachung des der Stadt gehörigen Terrains bei Treptow zur Bebauung mit Wohnhäusern unterm 9. d. M. an die Stadtverordneten-Versammlung folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Erwidern der Stadtverordneten-Versammlung mit unserer Vorlage vom 26. v. M., betreffend die Rußbarmachung des der Stadt gehörigen Terrains bei Treptow für die Bebauung, haben wir erhalten. — Wir werden uns mit der Bildung einer gemischten Deputation einverstanden erklären, sobald über die Verwendung der bezeichneten Grundstücke zu dem in der Vorlage vom 26. v. M. genannten Zwecke selbst von der Versammlung Beschluß gefaßt sein wird. — Wenn die Stadtverordneten-Versammlung beauftragt ihrer Beschlussfassung eine Vorberatung der Angelegenheit in einer besonderen Deputation für zweckmäßig erachtet, so sind wir gern bereit, auf Erfordern Kommissarien für dieselbe zu ernennen. Wir setzen zu diesem Zweck event. einer gefälligen Mittheilung über den Zusammentritt der Kommissarien (Deputation) entgegen. Um so wenig wie möglich Zeit zu verlieren, haben wir inzwischen beschlossen, mit den in der Vorlage unseres Schreibens vom 26. v. M. sub 1 angegebenen Abtheilungen arbeiten vorzugeben, in der Hoffnung, daß die Stadtverordnetenversammlung sich mit Ausführung dieser Arbeiten einverstanden erklären werde, und beantragen wir: der Verwaltung die hierzu erforderlichen Mittel innerhalb der am angeführten Orte vorgeschlagenen Pauschalsumme von 2000 Thln. zu bewilligen.“

— Der von der „Bresl. Ztg.“ für die bevorstehende Landtagssession angekündigte Antrag auf Abschaffung des Aufrehrgegesetzes vom 11. März 1850 wird, der „Börs. Ztg.“ zufolge, voraussichtlich durchdringen. Das Blatt schreibt:

„Nachdem das Gesetz über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17. Oktober 1848 suspendirt, die Einführung der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1851 sistirt und der Artikel 105 der Verfassungsurkunde aufgehoben, entbehrt das Tumultgesetz außer jeder rechtlichen Grundlage auch der Stütze, die dasselbe wenigstens scheinbar in diesen Gesetzen resp. in dem Artikel 105 der Verfassungsurkunde gefunden hat. Nachdem vor drei Jahren die verordnete Zustimmungskommission des Abgeordnetenhauses den Gesetzentwurf, betreffend die Ausdehnung des Aufrehrgegesetzes auf die neuen Provinzen, durchberathen, lehnte sie denselben mit zehn gegen fünf Stimmen unter dem Bemerkten ab, daß das Tumultgesetz überhaupt aufgehoben werden müsse.“

— Man schreibt der „Fr. Z.“ von hier: Unsere Regierung soll in diesem Augenblicke bemüht sein, europäische Konferenzen in einer Angelegenheit zusammenzubringen, bei welcher Deutschland in hohem Grade interessiert ist, obgleich es nicht in der Lage ist, selbst in den Gang der Dinge einzugreifen. Es handelt sich nämlich um die Stellung, welche die europäischen Staaten, welche mit Frankreich Handelsverträge abgeschlossen haben, der neuesten Aenderung in der französischen Tarispolitik gegenüber nehmen werden. Deutschland find bei dieser Angelegenheit die Hände gebunden; der deutsch-französische Handelsvertrag ist durch den Krieg aufgelöst und nach demselben nicht wieder erneuert, sondern für Deutschland nur Gleichstellung mit den großen Nationen, die Verträge mit Frankreich abgeschlossen haben, stipulirt worden. Unsere Industrie

Aus Wildbad-Gastein.

Die Anwesenheit des Deutschen Kaisers bewährt für den hiesigen Kurort eine außerordentliche Zugkraft. Der Zuzug von Fremden ist ein so umfangreicher, daß oft die eigenthümlichsten Situationen zu Tage treten. Da in Bad und Hofgastein kein Unterkommen sogar für schweres Geld zu haben ist, auch die Stützen auf den Bergen Fremde bereits beherbergen, so übernachteten die Schaulustigen in 3 bis 4 Stunden von hier entfernt liegenden Orten, fahren in aller Frühe nach Bad Gastein, verbleiben daselbst den Tag über und begeben sich des Abends wieder nach ihrem Quartier zurück. Es läßt sich denken, wie sehr die arme Gegend diese bedeutende Einnahmequelle schätzt und den Aufenthalt des Deutschen Kaisers segnet. Der Kaiser geht des Morgens nach dem Hirschen zu spazieren, des Nachmittags nach den Schwarzenbergischen Anlagen. Er sieht sehr wohl und munter aus, und erwidert freundlich die Grüße, die ihm von allen Seiten dargebracht werden. Die ersten acht Tage wird der Kaiser größere Ausflüge nicht unternehmen, theils um die angetretene Kur in ihrer Wirkung nicht zu schwächen, theils weil die Wege nach dem Kaffelsee und dem Anlauchthal durch die Regenströme sehr beschädigt worden sind und einer gründlichen Ausbesserung bedürfen. Auch eine Gensensjagd wird für den Kaiser vorbereitet und dürfte ein reiches Resultat liefern, da namentlich in diesem Jahre die Genssen eine zahlreiche Vermehrung aufweisen. Bei dem schlechten Wetter in letzter Zeit sahen wir oft Heerden Genssen, welche aus den Schnee- und Nebelregionen der Berge herabkamen, und in den mittleren Schichten der Vergabänge weideten. So lange das Wetter gut ist, läßt es sich hier schon leben. Mit Bangigkeit sieht man indes den Regenzeit wieder entgegen, denn zu dieser Zeit ist man auf einen schmalen Gang angewiesen, den man hier Wandelbahn nennt und der in seinem primitiven Zustande viel zu wünschen übrig läßt. Man denke sich ein aus Holz mit Glasfenstern versehenes, 16 Fuß hohes und 14 Fuß breites längliches Gebäude mit Holzbänken und eisernen Federn der gewöhnlichsten Art ausgestattet, mit Kohlenbunt und feuchter Luft geschwängert. Ein Aufenthalt, den jeder vermeidet, wenn er es vermag. Ueberhaupt hat dieses Weltbad wenig von Comfort aufzuweisen. Es befinden sich hier 5 Gasthäuser, 19 Privathäuser oder Häuschen, welche zusammen nur 13 Baderinrichtungen besitzen. Diese spärlichen Einrichtungen sollen für Tausende ausreichen. Die sieben heißen Quellen liefern einen so bedeutenden Wasserreichtum, daß eine vierfache Anzahl von Bädern, als jetzt vorhanden, reichliche Speisung fänden. Graf Moltke ist mit seinem Bruder abgereist. Ebenfalls Präsident Dr. Simson, den die Wohnungsnoth von hier getrieben. Er ist mit seiner Familie nach Berchtesgaden gereist, wo er noch einige Zeit zu verweilen gedenkt. Er erfreut sich des besten Wohlfühns. Ein Zeugniß hierüber dürfte sein Ritt durch das Anlauchthal nach dem Anloget sein, eine Partie, die nur von starken Konstitutionen überwältigt werden kann. (Spen. Ztg.)

Aus dem Königreich Sachsen.

—e— Dresden, 13. August. Es ist nicht genug, daß in den achtungswerthesten Organen der sächsischen Presse und in vielen der bedeutendsten, im übrigen Deutschland erscheinenden Zeitungen auf die auffällige Begünstigung hingewiesen wird, welche bei uns in Sachsen dem Ultramontanismus und Jesuitismus zu Theil wird; auch in ausländischen Blättern wird bereits diese Thatsache betont. So sagt z. B. die in London erscheinende, ebenso einflussreiche wie besonnen gehaltene „Saturday Review“ in einer ihrer letzten Nummern (Nr. 869) der Deutsche Reichstag habe sich in die Nothwendigkeit versetzt gesehen, ein für das ganze Deutsche Reich geltendes Jesuitengesetz zu erlassen, weil die Reichsregierung sonst kaum im Stande gewesen wäre, mit Erfolg gegen den Jesuitismus und Ultramontanismus voranzugehen. Es sei bekannt (notorious), daß mit einigen deutschen Partikular-Regierungen, z. B. mit der von Sachsen (that of Saxony) „die Jesuiten auf einem sehr guten Fuße ständen (the Jesuits stand on a very good footing)“. Als preussischer Minister habe Fürst Bismarck das gesammte Deutschland nicht gegen die jesuitischen Umtriebe zu schützen vermocht, denn jeder einzige Kleinstaat (any tiny State) hätte den aus Preußen ausgewiesenen Jesuiten Schutz und Weistand gewähren können. Erst nach dem der Bundesrath gesetzlich bevollmächtigt worden sei, die zur praktischen Ausführung des Jesuitengesetzes erforderlichen Anordnungen zu treffen, wäre Fürst Bismarck in den Stand gesetzt, das gemeinsame Vaterland mit Erfolg vor den bösen Einflüssen des Jesuitismus und Ultramontanismus zu bewahren. Man könne vielleicht manches gegen das Jesuitengesetz einwenden, aber die drohende Gefahr habe ein solches Nothgesetz gerechtfertigt. „Wenn nämlich ein deutscher Staat die Jesuiten beherbergt hätte, und der andere nicht, wenn Sachsen oder Hessen die stillen Feinde (spiritual enemies) des deutschen Kaiserreiches freundlich aufgenommen, während Preußen sie fortjagte, so wäre gerade das Uebel innerer Zerklüftung (internal division), welches das Jesuitengesetz aufheben sollte, ins Leben gerufen worden. Es mußte daher nothwendigerweise eine Zentral-Autorität speziell für den Zweck der Ausführung des besagten Gesetzes geschaffen werden, und die Gewalt dieser Autorität mußte sich auf die einzelnen deutschen Staaten erstrecken und nicht durch die Kapriolen und Voreingenommenheiten (caprices and predilections) solcher Einzelstaaten verflümmert werden. Ein Komitee oder ein Ausschuß des Bundesrathes ist eine solche Autorität oder Behörde, die mit der erwähnten Machtbefugniß bekleidet worden ist, und in diesem Ausschusse werden die Ansichten des Fürsten Bismarck wahrscheinlich zur Geltung kommen, wenn auch von anderer Seite manche Informationen und Erwägungen vorgebracht werden mögen. Im Falle Sachsen oder irgend ein anderer kleiner Staat dennoch den Jesuiten Freundschaft erweisen will, so werden diese Staaten in dieser Hinsicht machtlos sein; denn wenn sie auch

in dem Zentral-Ausschusse vertreten sind, so werden sie doch darin nicht die entscheidende Stimme besitzen.“

So urtheilt die „Saturday Review“ in einem ausführlichen Leitartikel, und man sieht, daß man in England sehr wohl über die jesuitischen Umtriebe in Sachsen und die Begünstigungen, die ihnen hier zu Theil werden, unterrichtet ist. Wenn nun noch die „Spener'sche Zeitung“ kürzlich in scharfer Weise und auf Thatsachen gestützt, darauf hinwies, daß der Prinz Georg und dessen Gemahlin „eifrige Förderer des Ultramontanismus“ seien und daß derer Kinder, „die künftigen Erben des Landes und Thrones völlig in ultramontanen Ideen erzogen würden“, so dürfte es doch endlich an der Zeit sei, daß den ultramontanen und jesuitischen Wühlereien bei uns in Sachsen energisch entgegengetreten würde.

Erlauben Sie mir nun noch eine Bemerkung. Das „kathol. Kirchenblatt“ zunächst für Sachsen“ titirt mit sichtlichem Vergnügen eine Stelle aus der ultramontanen italienischen Zeitschrift „Voce della Verità“, worin von dem bewußten „geheimnißvollen Steinchen“ die Rede ist, welches dem deutschen „Riesen“ die Ferse zerschmettern soll. Dieser „Riese“ soll nicht, wie von verschiedener Seite angenommen wurde, das deutsche Reich oder der deutsche Kaiser sein, sondern — die „Freimaurerei“. Es wird warnend hinzugefügt: „Wären daher diejenigen, welche das neue deutsche Reich gegründet haben, die Schicksale des Reiches von denen der Freimaurerei getrennt halten!“ — Nun wohl, das Schicksal der Freimaurerei wird nicht identisch sein mit dem Schicksal des deutschen Reiches. Aber die „Voce della Verità“ und sicherlich das „katholische Kirchenblatt“ werden doch wissen, daß der deutsche Kaiser und der Kronprinz des deutschen Reiches Mitglieder eines Freimaurerordens sind. Wenn daher Papst Pius IX. mit jenem kleinen „Steinchen“ wirklich die Freimaurerei zerschmettern will, so hat er damit direkt oder indirekt auch auf den deutschen Kaiser und den Kronprinzen des deutschen Reiches gezielt und die „Voce della Verità“ und das „katholische Kirchenblatt“ folgen darin dem infalliblen Papste nach.

45. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte.

Leipzig, 12. August. Schon seit mehreren Tagen begannen die Mitglieder der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte sich in unserer Stadt zu versammeln; bereits das erste ausgegebene Personenverzeichnis enthält über 600 Namen von Theilnehmern, welche nicht nur aus den verschiedenen Theilen des Deutschen Reiches, sondern auch aus Oesterreich-Ungarn, England, Italien, der Schweiz, Rußland, Schweden, Dänemark, Holland und selbst aus Amerika herbeigekommen sind.

Die erste allgemeine Sitzung, welche heute Morgen in den Räumen des Neuen Theaters stattfand, erfüllte dieselben denn auch vollkommen

muß sich also dem fügen, was die fremden Mächte beschließen, und um dies zu verhindern, versucht man von hier aus England, Oesterreich und Italien zu Beratungen über ein gemeinsames und gleichartiges Handeln zu bestimmen, an welchen Beratungen auch ein preussischer Bevollmächtigter Theil nehmen soll. Ob wirklich bei den auswärtigen Kabinetten schon Schritte nach dieser Richtung hin geschehen sind, darüber konnten wir nichts erfahren; daß dieselben aber beabsichtigt sind, wird uns auf das Bestimmteste versichert.

Die Vertretung dieser Nachricht müssen wir dem genannten Blatte überlassen.

Wie man der „Magd. Btg.“ mittheilt, beginnt in einzelnen Provinzen des Staates ein Mangel an Richtern sich fühlbar zu machen. Namentlich in den östlichen Provinzen sind seit längerer Zeit einige Richterstellen unbesetzt. Vor noch zehn Jahren und später mußten Assessoren sehr lange auf eine Anstellung warten. Es war Graf zur Lippe'sche Praxis, durch Assessoren Richterämter verwalten zu lassen, ohne sie mit einem Patent zu bedenken. Einmal geschah dies, um Geld zu sparen, denn der junge Kreisrichter bezog ein Gehalt von 600 Thaler, während der Assessor monatlich 40 Thlr. Diäten erhielt. Für's andere wollte der Herr Minister erst dahinter kommen, wie der Bewerber um das Amt bei den Wahlen sich verhielt. Agitierte er für die Kräftigung des Lippe'schen Regimes, so wurde er Richter; ging er mit den Liberalen oder verhielt er sich auch nur passiv, so blieb er Assessor. Diese Behandlung schreckte begreiflicher Weise nur allzu viele ab, einen Beruf zu wählen, der, dem Gesetze nach völlig unabhängig, zufolge ministerieller Praxis ein in keiner Weise erstrebenswerther geworden war. Jetzt treten nun die Folgen der damaligen Rechtspflege hervor, natürlich zum Schaden des Staates, dem für seine ehrenvollsten Stellen das Personal knapp zu werden droht. Daß Dr. Leonhardt sozgleich bei seinem Amtsantritt mit den verderblichen Grundrissen des Ministeriums Lippe brach und normale Verhältnisse wieder herstellte, kommt erst den nächsten Jahren zuflatten; vorläufig unterliegen wir der Noth aus der Verwaltung eines Ministers, der sich nicht entblödete, vor versammeltem Parlamente von „seinen“ Richtern zu sprechen. Die Erfahrung lehrt, wie sehr das Gewissen unserer akademischen Jugend gegen Lippe'sche Zumuthungen sich gestäubt; wo früher Andrang war, da ist jetzt Leere, statt Angebots von Hunderten von Bewerbern Nachfrage des Staats nach Kandidaten zur Entfernung eines sehr peinlichen Nothstandes.

Der Ende dieses Monats in Frankfurt a. M. zusammentretende Juristentag wird sich mit der Frage der Umbildung des Geschworenengerichts beschäftigen. Es liegen mehrere Gutachten über die Frage vor, ob in den Strafgerichten höchster Ordnung an die Stelle des Gerichtshofes (als Richter des Rechts) und der Jury (als Richter der That) ein einheitliches Kollegium von Juristen und Laien treten soll und in welchem Zahlenverhältnis beide vertreten sein sollen. Wie man der „B. Z.“ mittheilt, wird der Juristentag, da derselbe sich bereits im vorigen Jahre für die Schöffengerichte im Allgemeinen ausgesprochen hat, jetzt nur noch über die Frage beraten, ob unter Befestigung der Geschworenengerichte nur Schöffengerichte eingeführt werden sollen, oder ob unter den Geschworenengerichten, welchen auch künftig die Mitwirkung bei der Aburtheilung von Verbrechen zu belassen, auch Schöffengerichte zur Aburtheilung von Vergehen einzurichten seien.

Wie die „Stett. Btg.“ hört, ist ein neuer Mobilmachungsplan in der Ausarbeitung begriffen, der bis zum 1. Oktober in allen Theilen vollendet sein soll. Derselbe umfaßt namentlich auch die Reorganisation des gesamten Verpflegungswesens und unterliegt danach z. B. auch die bisherige Einrichtung der Wagenkolonnen, sowie die Bespannung einer gänzlichen Umänderung.

Am 15. d. M. wird auf dem Artillerie-Schießplatze bei Tegel ein Panzerschießversuch gegen Ziele stattfinden, welche mit dreifachen Hartguststahlplatten belegt sind, von denen die eine 9 Zoll, die andere 10 Zoll und die dritte 12 Zoll Stärke aufweisen, so daß der gesamte Eisenpanzer eine Stärke von 31 Zoll aufweist. Die Platten sind 16 Fuß lang und 1 Fuß 4 Zoll breit und aus der Fabrik von Brown u. Co. in Sheffield hervorgegangen. Das Bohren der

Platten und der Aufbau des Zieles ist von der hiesigen Gesellschaft Maschinenbau-Anstalt ausgeführt. Hinter den Platten sind zwei Lagen von neunjährigen Eichenbalken angebracht, von denen die eine stehend, die andere liegend zur Anwendung gebracht ist; sie tragen außerdem noch eine stählerne „Innenhaut“ von $\frac{1}{2}$ Zoll. Geschossen wird auf dieses Ziel aus 26-Cm.- und 28-Cm.-Geschützen mit Hartgustgranaten aus der Magdeburger Fabrik von Grubo.

Nach einer neuerdings veröffentlichten interessanten Uebersicht beträgt nach den letzten Jahresausweisen die Zahl der Gestellungs-pflichtigen pro Jahr in Deutschland durchschnitts 345,000, in Rußland 450,000, in Frankreich 325,000, in Oesterreich 334,000 und in Italien 250,000 M. Das faktisch eingestellte Jahres-Rekrutentkontingent berechnet sich dabei nach den letzten Parlaments- und sonstigen Landesvertretungsbeschlüssen, resp. in Rußland nach kaiserlicher Verfügung, für Deutschland auf 130,000, Rußland bisher nur 100,000, für 1871 jedoch zum erstenmal 150,000, Frankreich bisher 100,000, fortan 150,000, Oesterreich 95,000 und Italien ebenfalls 95,000 M., davon indeß 45,000 M. in der zweiten Militär-Kategorie und zu einer fünfmonatlichen Dienstzeit. Das Untauglichkeitsverhältnis bei den jährlichen Rekruteneinstellungen ergibt für Deutschland einen Ausfall von 46,98, für Rußland 46, für Oesterreich 48,88, Frankreich 49,12 und für Italien von 45,58 pCt. Des Lebens und Schreibens kundig haben sich nach den letzten Jahresausweisen im Durchschnitt berechnet unter 100 Rekruten in Deutschland 97, in Rußland 9 bis 10 und 1870 nahezu 43, in Italien 37 ausgewiesen, wogegen in Frankreich diese Ermittlung noch nicht angestellt, resp. doch noch nicht veröffentlicht worden ist. Die Zeitdauer der aktiven Dienstzeit findet sich zur Zeit in Deutschland auf 3, in Rußland vorerst noch auf 8 und bei den Gardien, der Kavallerie und reitenden Artillerie auf 10 Jahre, in Oesterreich auf 3, in Frankreich auf 5 und in Italien auf 4 Jahre, resp. für die zweite Kategorie auf 5 Monate bemessen. Das Verhältnis der Streitmacht zu der Bevölkerungszahl endlich stellt sich im Kriegsaufgebot in Deutschland auf 2,99, in Rußland auf je 1,78, in Oesterreich auf 2,73, in Frankreich auf 2,45 und in Italien auf 1,96 pCt.

Zur Theilnahme an der unter Leitung des General-Feldmarschalls und Chef des Generalstabes der Armee Grafen von Moltke stattfindenden Generalstabs-Übungsreise haben sich die Stabs-offiziere und die älteren Hauptleute des Großen Generalstabes nach dem Elsaß begeben.

Das Komitee für die westpreussische Jubelfeier hat nunmehr die Justiz-Freitag'sche Festschrift über die Geschichte Westpreußens in vielen tausend Exemplaren drucken lassen und wird dieselbe an alle Magistrate, Landrathsämter und Direktoren der höheren Lehranstalten in Preußen versenden, um sie unter die Bevölkerung Westpreußens zu verbreiten.

Ueber die Bauten im Gebäude des Abgeordnetenhauses theilt die „Spennersche Btg.“ zur Berichtigung früherer ungenauer Mittheilungen Folgendes mit.

Thatsache ist, daß, nachdem die Hoffnung hat aufgegeben werden müssen, in abschbarer Frist anderweitig entsprechende Räume für das Abgeordnetenhaus zu beschaffen, es unabwieslich geboten erschien, eine umfangreiche Instandsetzung des gegenwärtigen Gebäudes und der Einrichtungen in demselben noch im Laufe dieses Sommers vorzunehmen, um den ungehörigen Fortgang der Sitzungen des Hauses im Herbst zu sichern. Die Ausführung der Bauarbeiten ist von dem Gesamtvorstande des Hauses beschlossen und nachdem die erforderlichen Mittel von der Finanz-Verwaltung angewiesen waren, sofort in Angriff genommen. Abgesehen von verschiedenen Reparaturen an dem Gebäude selbst und einer angemessenen Herstellung der Kommissions-Zimmer handelt es sich vornehmlich um Erneuerung der Plätze im Sitzungssaale und um Beschaffung entsprechender Räume für Journalisten, woran es bisher fehlte. Die Einrichtung des Saales wird genau nach dem bewährten Muster des Sitzungssaales im Reichstage vorgenommen. Bei den gegebenen Raumverhältnissen bot die Anlage fächerförmiger ansteigender Sitze allerdings Schwierigkeiten, nach den getroffenen Dispositionen werden die Plätze indeß ausreichend bequem und der Zahl nach dem Bedürfnisse völlig entsprechend erscheinen. Die Journalisten-Tribüne wird mehrfache Verbesserungen erfahren und mit einer Anzahl von herausstellenden Arbeitsstühlen für die Journalisten verbunden werden. Auch die Angabe, wonach eine Beeinträchtigung des bisherigen Separat-Einganges der Minister durch das königliche

Zivilkabinet, dessen Dienstgebäude angrenzt, erfolgt sei, ist völlig unbegründet. Die Bauarbeiten werden mit zahlreichen Arbeitskräften so lebhaft gefördert, daß an ihrer Fertigstellung bis zum Wiederbeginn der Sitzungen am 22. Oktober d. J. nicht zu zweifeln ist.

Halle. Die alten „Pfortner“ werden mit schmerzlicher Theilnahme die Nachricht vernehmen, daß der Professor Dr. Karl Steinhardt, welcher 42 Jahre lang von 1824 bis 1866 dem Lehrer-Kollegium der Landesschule Pforta angehörte und seitdem noch als ordentlicher Honorarprofessor in Halle thätig war, am 9. d., also zwei Tage vor Vollendung seines 71. Lebensjahres, gestorben ist. Nachdem ihm vergönnt gewesen war, noch bis in das Greisenalter hinein in geistiger Jugendfrische unter der Jugend zu wirken und auch die Feier seines fünfzigjährigen Doktorjubiläums zu erleben, hatte leider vor einiger Zeit ein Schlaganfall seine sonst so rüstige Kraft gebrochen, und er ist nun in unmittelbarer Nähe der Anstalt, welcher der beste Theil seines Lebens und Strebens gewidmet war, seinem Leben erlegen.

Königsberg, 12. August. Wie die „A. S. Z.“ hört, hat der unter den Kandidaten für die hiesige vakante Oberbürgermeisterstelle befindliche Stadtrath Zelle aus Berlin die Annahme einer etwa auf ihn fallenden Wahl aus Familienrücksichten abgelehnt. Die Wahlkommission der Stadtverordneten-Versammlung soll jetzt als Kandidaten für den Posten nur noch die Herren Bürgermeister Szczepanski und Regierungsrath Marczinowski in petto haben.

Schleswig, 11. August. Das heute ausgegebene Amtsblatt (Extrablatt) enthält eine Bekanntmachung, wonach in Anlaß der drohenden Gefahr einer weiteren Einschleppung der Rindpest aus dem Gebiet der freien und Hanse-Stadt Hamburg die Einfuhr von Rindvieh, Schafen und Ziegen aus dem außerhalb der Zollgrenze gelegenen hamburger und altonaer Gebiet in die übrigen Theile der Provinz Schleswig bis auf Weiteres verboten wird.

Greifeld, 12. August. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß auf eine Eingabe des hiesigen altkatholischen Vereins an die königliche Regierung zu Düsseldorf am vergangenen Sonnabend der Bescheid eingegangen, daß für die Mitglieder des genannten Vereins die ererbte Beibehaltung der Kirchensteuer aufgehoben sei. Auch soll diese Befreiung auf alle Katholiken ausgedehnt werden können, welche die Erklärung abgeben, daß sie sich den Beschlüssen des vatikanischen Konzils vom 18. Juli 1870 über die päpstliche Unfehlbarkeit nicht unterwerfen.

St. Johann (bei Saarbrücken), 6. August. Nach einer Bekanntmachung des Handelsgerichtes ist heute in das hiesige Handels-(Gesellschafts-) Register eingetragen worden eine Aktiengesellschaft für katholische Interessen, welche ihren Sitz in Saarlouis hat. Die Gesellschaft wurde durch Vertrag gebildet, zu dem Zwecke der Herausgabe einer täglich erscheinenden Zeitung lokaler Natur, deren Tendenz es ist, „den engeren Anschluß und das Zusammenhalten aller katholischen Elemente in den Kreisen des Landgerichtsbezirks Saarbrücken resp. der zunächst angrenzenden Bezirke herbeizuführen und überhaupt das katholische Bewußtsein in der Saar- und Bliesgegend zu heben und zu beleben.“ Das Grundkapital beträgt 16,000 Thaler in 320 auf Namen lautenden Aktien à 50 Thlr. Das neue ultramontane Blatt erscheint unter dem Titel „Saar-Zeitung.“ (Rff. 3.)

Bonn, 11. August. Heute haben die hier wohnenden Jesuiten, 30 an der Zahl, unsere Stadt verlassen. In der Kirche „zum Herzen Jesu“ wohnten 10 Jesuiten, während die andern 20 in dem Kloster auf dem eine halbe Stunde von Bonn liegenden Kreuzberg lebten. Dieses Gebäude ist von dem Grafen Fürstenberg angekauft worden, um wahrscheinlich in besseren Zeiten wieder zu einem Kloster verwendet zu werden.

Münster, 10. August. [Unterjagung.] Der „Germ.“ schreibt man: Auf Anordnung des Kultusministers wurde gestern von den Ordinarien sämtlicher Klassen den Schülern des hiesigen Gymnasiums mitgetheilt, daß eine Betheligung an irgend einem religiösen Verein denselben fortan untersagt sei. — Tags vorher wurde das betreffende Ministerial-Reskript vollständig den Schülern der Real- und Gewerbeschule von ihren Lehrern vorgelesen und dieselben aufgefordert, falls sie einem religiösen Vereine angehörten, sofort auszutreten, widrigenfalls sie von der Anstalt verwiesen würden.

Völsel, 12. August. Der Senat bereitet eine Vorlage an die Bürgerschaft vor, welche die Einführung der Reichsmünzwährung bezweckt.

gleich einem ausverkauften Hause, namentlich hatte sich auch ein reicher Kranz von Damen eingestellt.

Auf der für den Auschuß vorbehaltenen Bühne bemerkte man auch die Vertreter unserer königlichen und städtischen Behörden, unter andern den Kreisdirector v. Burgsdorf, den Kommandeur General-Lieutenant Mehrhoff v. Horderberg, Bürgermeister Dr. Koch, Vizebürgermeister Dr. Stephan, Stadtverordneten-Vizevorsitzer Gustav Böck und mehrere Mitglieder des Stadtverordneten-Kollegiums. Auch Staatsminister von Falkenstein war zu Beginn der Sitzung zugegen.

Geh. Medizinalrath Professor Dr. Thiersch eröffnet die Versammlung kurz nach 10 Uhr mit einigen geschäftlichen Notizen und knüpfte daran den Dank der Versammlung für das Entgegenkommen, welches man bei der Regierung, den Stadtbehörden, der Theaterdirektion, der Direktion der Gewandhauskonzerte und beim Börsenverein der deutschen Buchhändler gefunden. Die Sektionen der Versammlung sind um fünf neue vermehrt worden, und zwar für Agrilkulturchemie, für pathologische Anatomie und allgemeine Pathologie, für Meteorologie, für Obrenheilkunde, für Geographie und Hydrographie, so daß die Gesamtzahl der Abtheilungen jetzt 20 beträgt.

Der Herr Kreisdirector begrüßte die Versammlung im Namen und Auftrage der Regierung, indem er zugleich das Bedauern des Ministers des Innern ausgesprochen, von der Theilnahme an der Versammlung durch dringende Amtsgeschäfte abgehalten zu sein. Freudig erkenne die Regierung an, daß die hochwichtige Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte nachhaltig an den Fortschritten der Wissenschaft mitgewirkt habe, — möge die deutsche Wissenschaft, nachdem das große Deutschland die politische Führung übernommen, auch ferner kräftig blühen und wachsen.

Bürgermeister Dr. Koch begrüßte die Versammlung an der Stelle, wo sie vor 50 Jahren geboren worden. Möge sie das, was Leipzig ihr bieten könne, nicht mit dem in Vergleich setzen, was sie in glänzenden Residenzen gefunden, möge sie aber überzeugt sein, daß die Stadt Leipzig, eine Stadt der Arbeit in Wissenschaft, Handel und Gewerbe, die Versammlung mit großer Theilnahme bewillkomme und den ganzen Umfang ihrer Wirksamkeit zu würdigen wisse. Mit gespannter Aufmerksamkeit werde die Bürgerschaft Leipzigs als gelehrige Schülerin den wichtigen Forschungen der Versammlung folgen.

Namens zweier italienischer Akademien sprach Prof. Ragona aus Modena der Versammlung die Theilnahme seiner Landsleute aus; er thue es, wie er hinzufügte, in seiner Muttersprache, um dadurch ein um so deutlicheres Zeugniß der Anerkennung abzulegen, welche Italien dem großen Volke der Deutschen darbringe.

Nachdem nun noch ein Schreiben des Rektors Prof. Dr. Wanderslich, welcher aus gesundheitlichen Gründen am Erscheinen verhindert

ist, und die Statuten der Gesellschaft vorgetragen worden, folgte die Festrede des Hofraths Prof. Dr. Ludwig

Der Redner, dessen Vortrag wir natürlich nur andeutungsweise wiedergeben können, gab zunächst einen Ueberblick über die Geschichte der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte und knüpfte an denselben eine höchst anziehende Schilderung des Entwicklungsganges der Naturwissenschaften in unserm Jahrhundert selbst und des immer engeren Verbandes, der immer innigern Beziehungen, in welche die einzelnen Fachwissenschaften mit einander getreten. Haben die Versammlungen auch nicht den Fortschritt der Wissenschaft wesentlich beschleunigen können, so seien sie doch stets ein deutliches Symptom für die Blüthe deutscher Wissenschaft gewesen. Bei fortgesetzter unermüdeter Pflege des humanen Sinnes, bei immer größerer Pflege eines bestimmten Denkens, einer klaren Anschauung durch unsere Gelehrtenschulen werde die ideale Auffassung der Wissenschaft auch fernerhin unbeirrt von materiellen Gelüsten gedeihen.

Nach Verlauf einer kurzen Pause machte Prof. Bruhns Mittheilungen über eine Biographie Alexander v. Humboldts, deren erstes Exemplar er der Versammlung vorlegte. Sie umfaßt drei Bände mit drei verschiedenen Brustbildern Humboldts aus verschiedenen Altersstufen geschmückt und ist unter Oberleitung des Prof. Bruhns von einer Anzahl Fachmänner unter Benutzung von Tausenden von Briefen und anderen Handschriften verfaßt worden.

Der Vortrag des Prof. Freyer aus Jena, welcher den Schluß der ersten allgemeinen Sitzung bildete, behandelte „die Erforschung des Lebens“. Der Sprecher behandelte in freier, mit großem Beifall aufgenommener Rede die „Mechanik des Lebens“, das Leben als eine Summe mechanischer Vorgänge. Könne die mechanische Anschauung des Lebensprozesses auch bei weitem noch nicht alles klar legen, so sei sie doch der Erklärung, dem Verständnisse am nächsten gekommen, und es sei ihr gelungen, durch Aufhebung und Wiederaufbau der Grundbedingungen alles Lebens — Sauerstoff, Wasser, Nahrung und Wärme — bei manchen Organismen Leblosigkeit und Wiederbelebung eintreten zu lassen. Trotzdem möge man sich vor jeder Vergötterung der Mechanik wohl hüten und nicht vergessen, daß in der Natur auch andere Mächte gelten als die, welche die Naturforschung schlägt; neben dem reinen Verstande möge man auch dem „reinen Gefühl“ seine wohlbecorechte Stellung lassen.

Die Versammelten trennten sich gegen 1 Uhr, um sich in den verschiedenen Räumen des Universitätsgebäudes in ihren Abtheilungen wieder zusammenfinden. (D. A. 3.)

Die Anthropologische Gesellschaft.

Stuttgart, 10. August. Die gestrige Sitzung der anthropologischen Gesellschaft eröffnete nach Wiederaufnahme der wissenschaft-

lichen Vorträge Dr. Lucac von Frankfurt, indem er über Schädelbildung bei verschiedenen Säugethiergattungen, auch den Vierhändlern, im Vergleich zum Menschen sprach, dann auf den Zusammenhang dieser Bildung mit den anderen Körpertheilen überging und daraus zu dem Schlusse gelangte, daß auch hieraus, ganz abgesehen von dem großen oder kleinen Gehirn, ein Uebergang vom Menschen zum Affen nicht statfinde, da wesentlich unterscheidende Merkmale ein Hinübergreifen unmöglich machen. Dr. Karl Vogt replizierte war, wurde aber von Dr. Lucac abermals in scharfer Erwiderung befaßt. Oberstudienrath Dr. Hagler aus Ulm berichtete über einen Gräberfund, sog. Reihengräber, wahrscheinlich aus dem 3. Jahrhundert, aus Aufhausen, D.-M. Geislingen, auf der Schwäbischen Alp, in welchen Gräbern zwar allem Anscheine nach Angehörige ärmerer Klassen beigefügt waren, worin sich aber doch einige kleine Schmuckgegenstände, wahrscheinlich vom weiblichen Geschlecht herrührend, vorgefunden haben; Redner zeigte solche vor. Sodann berichtete Prof. Dr. Schaafhausen aus Bonn über die Auffindung des fast vollständig erhaltenen Gerippes eines fossilen Menschen in einer Höhle bei Mentone, und über weitere in dortiger Gegend gemachte Funde aus vorgeschichtlicher Zeit, wobei theils Photographien und sonstige Abbildungen, theils auch die Gegenstände selbst oder Nachbildungen und Abgüsse vorgezeigt wurden. Nachmittags fand ein Ausflug über den Rothenburg nach Eßlingen statt.

In der heutigen Sitzung wurde nach Festsetzung des Budgets für das neue Rechnungsjahr, wobei auch auf Bildung eines Reservefonds Bedacht genommen und 150 Thlr. für das Zentralmuseum in Leipzig bewilligt wurden, von Dr. Virchow ein äußerst interessanter Vortrag gehalten über den Artikel des Professors Quatrefages in der „Revue des deux Mondes“: la race prussienne und den entsprechenden Inhalt des von demselben Verfasser veröffentlichten Buches. Der Redner entwickelte in seinem Vortrage die Ansicht: Quatrefages habe die Anthropologie zur Grundlage politisch-feindseliger Ausführungen gemacht, als gelehriger Schüler Napoleons III., der seine Politik auch auf die Theorie der race latino baute. Quatrefages gehe aus von gewissen Höhlenfunden in Frankreich und von der Frage, ob die betreffenden Schädel eine Verbindung mit den jetzt lebenden Völkern aufweisen. Ein französischer Gelehrter wollte in ihnen eine Aehnlichkeit mit den jetzigen Finnen entdecken, und wenn auch andere Erhebungen dagegen sprachen, wurde wenigstens der esthnische Typus auch fernerhin festgehalten. Darauf beziehe sich nun Quatrefages und mit der willkürlichen Unterscheidung zweier ganz alter Racen, einer lang- und einer kurzköpfigen, komme er dahin, die race prussienne als eine gar nicht zum germanischen Typus stimmende, als eine total fremde zu erklären und daran die Aufforderung zu knüpfen, das übrige Deutschland möge sich von ihnen trennen. Dem gegenüber sei aber zu betonen, daß die Annahme Quatrefages, die Finnen oder die Esthen

Mainz, 14. August. Das „Mainzer Journal“ schreibt: „Wie wir vernehmen, ist gestern bei dem hiesigen Kreisamt ein Erlaß der großherzoglichen Regierung eingelaufen, welcher in einer dem Erlasse der preussischen Regierung gleichlautenden Form die Anwendung des Gesetzes vom 4. Juli d. J. auf die hier wohnenden Jesuiten verfügt.“

München, 12. August. Ich glaube nicht in der Annahme nicht zu irren, schreibt der Korrespondent der „Spen. Ztg.“, daß die hiesige Mini sterfröhe bei Ihnen etwas zu tragisch genommen wird. Wer hier jetzt Minister wird, ist eine irrelevante Sache, darin möchte ich dem würdigen „Baterland“ Recht geben, wenn auch von einem sehr verschiedenen Gesichtspunkte aus. Der extreme Klerikalpatriot glaubt, daß der „Einheitsstaat“ doch nicht aufzuhalten sein wird, ich bin im Gegentheil der Ansicht, daß ein hier herannahender partikularistischer Rückschlag gegen das Reich nicht aufzuhalten sein wird. Wie sich hier an entsetzender Stelle seit 1871 die Gesinnung gegen das deutsche Reich einmal entwickelt hat, ist an ein freundliches Eingehen auf die gemeinsamen Aufgaben doch nicht zu denken, und da ist es vielleicht ganz gut, wenn unser klerikalpatriotischer Hofadel in Gemeinschaft mit den adäquat gestimmten Kreisen des Stuttgarter Hofes einmal versucht, wie viel Aggressionskraft eine mittelstaatliche Koalition heute noch besitzt. Das deutsche Reich wird auch Herr von Gasser nicht aus den Angeln heben oder ungeschaffen machen, dafür darf man das deutsche Reich nur selber sorgen lassen. Wir aber in Bayern könnten zufrieden sein, in Herrn von Luz einmal die Ursache der Halbheiten, Unklarheiten und Tergiversationen in unserer inneren und äußeren Politik zu verlieren. Alle Wahrheit und Energie droht aus unserem öffentlichen Leben durch das unglückliche Verschleppungs- und Verschleißungssystem dieses Ministers zu verschwinden, der seine bedeutenden Geistesgaben auf Nichts als auf den ungehörten Genuß seiner schwerelangen Lebensstellung richtet. Ein aufrichtiges Eingehen auf die deutsche Reichspolitik oder wenn dazu die Ansichten nicht geklärt genug sind, ein reeller Oppositionsversuch, bei dem man seine Kräfte prüft und je nach dem Ergebnis definitiv Stellung nimmt, das kann man sich gefallen lassen, aber nur nicht diese mark-, muth- und energielose Einhaltungs politik. — Die altkatholische Bewegung in unserm Lande wird leider eines ihrer Zentren verlieren. Der Pfarrer Bernard in Kiersfelden hat sich einem Vernehmen nach die Absicht, seine Stellung zu verlassen und für seine kirchliche Ueberzeugung künftig als Weltgeistlicher zu wirken. Die gewaltige Organisation der römischen Partei hat auch in seiner, anfangs gänzlich auf seiner Seite stehenden Gemeinde eine Propaganda wachgerufen verstanden, die den begabten und gemüthstiefen Mann zu diesem Schritte getrieben hat. Die unvergleichliche Staatsweisheit des Herrn v. Luz hat es verstanden, die Stellungen der einzelnen Ueberzeugungstreuen Geistlichen zu lauter verlorenen Positionen zu machen. Eine rechtzeitige Erklärung unseres Kultusministers, die betreffenden Geistlichen in ihren Stellungen schützen zu wollen, hätte im Mai v. J. Hunderte bei ihrer kirchlichen Ueberzeugung erhalten; als aber Sr. Erz. ihren sonstigen Beschäftigungen die Zeit zu dem bezüglich Erlaß abgewinnen konnten, war die Zahl der treugebliebenen Dorfgeistlichen auf drei zusammengeschmolzen. Auf diese Weise macht man bei uns liberale Kirchenpolitik! Auch zeigt sich die Wirkung dieses Regimes in der gleichmüthigen Art, in welcher unser Ultramontanismus sich den Jesuitengegenseitigen des Reichs gegenüber völlig sicher und a son aise fühlt. Das „Baterland“ brachte neulich die Mitteilung, daß die auswärtigen Mitglieder des Dettinger Redemptoristenklosters diese Stadt bereits verlassen hätten, heute zeigt es vergnügt an, daß die frommen Patres noch Alle da sind. Vor den gelehrten staatsrechtlichen Artikeln des Hrn. v. Luz in der „A. A. Z.“ laufen sie gewiß nicht davon!

Vienna, 8. August. Das hiesige Konsistorium hat eine Verordnung erlassen betreffs einer Feier des 2. Sept. in Kirchen und Schulen.

Oesterreich.

Wie die Kurie alle Ergebnisse Oesterreichs nur mit Fußtritt lobt, ja, wie die Weigerung der Wiener Regierung, den Schritten des Fürsten Bismarck gegen die Jesuiten sich anzuschließen, uns nur Beweise dafür einträgt, daß man in Rom nur denjenigen als Freund respektiert, der da zeigt, daß er seinen Willen für sich hat, dem Schwächling aber, der sich mit Leib und Seele den Schwarzen ergibt, kein Zeichen der äußersten Mißachtung erspart, dafür liefert wieder einmal der „Osservatore Romano“ eine drasilche Illustration. Dies amtliche Organ des Vatikan ergoht sich nämlich in seiner neuesten

seien die Urbewohner Europas gewesen, sich als eine ungerechtfertigte und unbaltbare ausweise; es sei auch für die jeweilige französische Wissenschaft bezeichnend, welche geringe Summe von Gründen in diesem Fall zu dem von ihr gewünschten Resultate geführt habe. Von einer gründlichen Untersuchung, einem Operiren mit Zahlen sei bei Herrn Quatrefages gar nicht die Rede, er gehe einfach spazieren, beziehe sich auf eine Reisebeschreibung aus dem vorigen Jahrhundert und auf das Zeugnis eines Kollegen, der in den pommerischen Regimentern vor Paris Tartaren erkannte, oder, wie Hr. Quatrefages beifügt, sagen wir lieber Finnen. Wenn wir uns nun aber selbst fragen, ohne alle Unbefangenheit, ob denn in Deutschland irgendwo eine finnische oder ethnische Bevölkerung sitzen geblieben ist und im Laufe der Zeit das germanische Element überwuchert hat, so läßt sich das so wenig nachweisen, als die früher so allgemeine feltische Hypothese, was der Redner in längerer Erörterung mit Einscheidung zahlreicher allgemeiner Gesichtspunkte ausführt.

Weltuntergangsgeschichten.

Man schreibt der „N. Fr. Presse“ aus Innsbruck vom 10. August: Die Erderstitterung, von der ich jüngst sprach und die in der benachbarten Stadt Hall 10 bis 12 Gebäude so arg beschädigte, daß dieselben verlassen werden müssen, erstreckte sich von Jenbach einschließlich des Abentheals bis nach Deutsch-Watzen und Vulpöos im Stubaitale. Wie vorauszuversagen war, machten sich die Agenten für das Jenseits diese Naturerscheinung und die durch selbe bei der Bevölkerung, insbesondere bei dem ungebildeten Theile derselben hervorgerufene Panik sofort zunutze. Eine Annonce des hiesigen kirchlichen Defanat-Parrantes lud die Bewohner Innsbrucks und Umgebung ein, sich sowohl bei dem am gestern anberaumten Hochamte als auch bei der Abends stattfindenden Prozession nach Dreieichen recht zahlreich zu betheiligen, welchem Rufe auch die untere Klasse des Volkes bereitwillig Folge leistete. Gegen 4000 Menschen schlossen sich der Prozession an, und wohl die Meisten in der Ueberzeugung, ihr Gebet vermöge weitere Stöße und vor Allem den auf den 12. d. prophezeigten Weltuntergang aufzuhalten. Die klerikale Spekulation auf die Einfalt der Menge gelang also vollkommen, und die Gefalbten des Herrn erscheinen dem Volke heute mehr, denn je als die Retter nicht nur aus der ewigen Pein, sondern auch aus der zeitlichen Noth. Wie viel speziell in diesem Punkte noch nachzuholen ist, davon mag die wüste Scene sprechen, welche sich während der Prozession abspielte. Ein junger Mann, ohne Zweifel Tourist, passirte, als sich der Zug in Bewegung setzte, die Pargasse. Bistrie er nicht, was hier vorging, oder achtete er nicht darauf, gleichviel, er schritt bedeckten Hauptes durch die Menge. Einige Heißhörne männlichen und weiblichen Geschlechtes waren darüber erbittert und schlugen ihm, als er dem Kommandorufe: „Hut ab!“ (vielleicht weil er ihn nicht verstand) nicht Folge leistete, den Gut von Köpfe, stießen mit den Füßen nach ihm, ließen ihn ihre Fäuste fällen, drangen endlich mit Stöcken und Regenschirmen auf ihn ein und hätten ihn in dem Hause der Wagnerschen Buchhandlung, wohin er sich zurückgezogen, vielleicht zum Untergehen der Prozession gemacht, wenn er nicht durch die Arbeiter der Druckerei den fanatischen Verfolgern entzogen worden wäre. Psalmi-

Nummer in Betrachtungen darüber, daß Gott selber den Kanzler des Deutschen Reiches mit Blindheit geschlagen haben müsse bezüglich seines feindseligen Auftretens gegen die Jesuiten. Ein freundliches Wort hätte es dem Fürsten gekostet und Deutsch-Oesterreich wäre dem neuen Reiche zugefallen, weil die Katholiken dort durch Bistums antikonfessionale Politik aufs tiefste erbittert seien; statt dessen habe er selber die heilige Kirche in noch viel höherem Grade gereizt, so daß heute das Deutsche Reich als eine unumgähliche Schöpfung schon zu den Toten geworfen sei und nur noch scheinbar fort vegetire. Wird ein so kaltblütig-infames Jesuitenstücklein unserm Hofe die Augen öffnen? Ganz gewiß nicht! Aber Fürst Bismarck weiß wohl ganz gut, daß — abgesehen von allen anderen Erwägungen — in einem großdeutschen Reiche, welches in Rom zu Lehen und eventuell nach Canossa geht, nur Habsburg, niemals Hohenzollern herrschen kann! (Post.)

Klagenfurt, 12. August. Der Kapuziner-Pater Lang in Ober-veklach (Oberkärnten) hat ein fünfzehnjähriges Mädchen systematisch verführt. Der Bezirks-Schulinspektor untersagte ihm durch den Orts-Schulrath die weitere Ertheilung des Religions-Unterrichtes. Gegen Lang ist die Untersuchung eingeleitet. Der Fall erregt hier allgemeines Aufsehen. (D. Z.)

Wien, 12. August. Ich höre, in Bestätigung einer früheren Meldung, daß bei der Monarchen-Begegnung in Berlin von der Lösung irgendwelcher konkreter Fragen nur insofern die Rede sein wird, als etwa diese Fragen zwischen den dort repräsentirten Staaten und Regierungen schwächen, daß aber im Uebrigen die Absicht besteht, eine Reihe allgemeiner Grundsätze zu proklamiren, welche die betreffenden Mächte im Interesse des Friedens sich zur unverbrüchlichen Richtschnur zu nehmen sich verpflichten. Es würden alsdann sehr wahrscheinlich die anderen Mächte, wird hinzugefügt, formell zum Beitritt eingeladen werden. (B. u. S. Z.)

Frankreich.

Paris, 11. August. Vor dem fünften Kriegsgericht von Versailles erschien gestern das nachträglich ermittelte Individuum, welches bei der Plünderung und Einäscherung des Hotels de Rue de Lille die Hauptrolle spielte und von den Federirten gemeinlich nur mit dem Namen „der große Artillerist“ bezeichnet wurde. Es war dies der Dachbeder Louis Benoit Decamp, Ordonnanzoffizier des Hauptmanns Guizot, welcher selbst in dem Straßenkampfe schwer verwundet wurde. Die vernommenen Zeugen bekunden übereinstimmend, daß Decamp in Uniform und mit einem Chassepot und einem Revolver bewaffnet, die Plünderung und Inbrandlegung mehrerer Gebäude der Rue de Lille und insbesondere des Palastes der Ehrenlegion geleitet und die Fälschung des Concierge des Hotels des Grafen Chabrol anbefohlen hat, kurz, daß er die Seele aller in jenem Viertel verübten Schreckensthaten gewesen ist. Der Angeklagte selbst giebt vor, daß er in jene Häuser nur eingetreten sei, um sich vor den auf die Straße regnenden Kugeln und Bomben der Regierungstruppen zu schützen, und daß überhaupt nur die Sorge um seinen verwundeten Hauptmann ihn in das Faubourg St. Germain geführt hätte. Das Kriegsgericht verurtheilte Decamp zum Tode. Der ebenfalls wegen Theilnahme an den Brandlegungen der Kommune zum Tode verurtheilten Fran Menant, ist ihre Strafe von der Gnadenkommission in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt worden.

Paris, 11. August. Das Konsistorium der reformirten Kirche in Nimes hat gegen die dogmatischen Beschlüsse der General synode einen umfassenden Protest erlassen. Schließlich behält sich dasselbe alle Rechte vor, welche aus dem protestantischen Prinzip fließen und verlangt, daß jedenfalls der von der Synode ausgearbeitete Entwurf eines organischen Gesetzes dem Gutachten der Presbyterial-Räthe und Konsistorien unterworfen werde.

Ueber den Prozeß Bazaine macht der „Rappel“ folgende Mittheilungen, deren Richtigkeit freilich dahingestellt bleiben muß:

rend zog dann die Menge weiter, das Bewußtsein in der Brust, ein gutes Werk zur größeren Ehre Gottes vollbracht zu haben. Das ungarische Blatt „Hon“ erfährt von Zeugen, die dabei gewesen sind, in Pils habe der Gemeindevorstand auströmmeln lassen, daß die Welt am 12. August zu Grunde geht und daher am Morgen jenes Tages alle Leute aufs Feld hinausziehen sollen, damit ihnen nicht die Häuser über den Köpfen zusammenstürzen. Das Feld bei Pils erscheint den klugen Bürgern also außerhalb der Welt zu liegen. — Dem „Czech“ wird berichtet, daß ein gewisser J. P. in einem Dorfe bei Misko sich am 3. d. aus Furcht vor dem Kometen erhängt habe. Abends vorher sah er im Wirthshause unter anderen Gästen. Man sprach vom Kometen. Er sagte, er wolle den Weltuntergang nicht abwarten und demselben zuvorkommen. Man verstand den Sinn seiner Worte nicht. Am nächsten Morgen fand man den Mann erhängt.

Ein Wunder.

Neapel, 6. August. Wir haben dieser Tage in dem benachbarten Torri del Greco noch einmal eines der sonderbarsten Schauspiele erlebt, welche die wunderglaubige Menschheit je zu Tage gefördert hat. Seit einiger Zeit befindet sich hier in seiner Geburtsstadt der alte Bischof von Jndia, Mgr. Felice Romano. Derselbe stand bei der Bevölkerung im Geruche der Heiligkeit, und als er am verfloffenen Sonnabend das Zeitliche segnete, entstand eine große Aufregung in der Stadt. Am Begräbnistage drängte sich eine unermessliche Volksmenge um das Sterbebett. Während die Priester auf der Straße standen und eine Musikbande das Zeichen zum Beginn des Trauermarsches erwartete, waren Frauen, Greise und Kinder bemüht, sich Eingang ins Haus zu erzwingen, um den Heiligen sehen und berühren zu können. An den Ausgängen der Seitenstraßen harrte eine ebenso große Menschenmenge des Augenblickes, wo der Sarg vorbeigetragen werden würde. Der Zug setzte sich endlich in Bewegung, geht über den Markt und zu dem anderen öffentlichen Plage, wo das Polizeigebäude steht, ganz Torri del Greco im Gefolge, Hymnen singend, brüllend und schreiend. Auf einmal erschallt der Ruf: „Ein Wunder, ein Wunder!“ Ein Jemand bricht sich Bahn durch die Menge und erzählt, daß ein gewisser Sorrentino plötzlich gesund geworden sei, nachdem er das Tuch der Bahre berührt habe, wie der Kaffeewirth Betro, der auf Krücken ging, beim Anblick des Sarges dieselben weggeworfen und getanz habe, wie ein stummes Kind von 10 Jahren plötzlich gesprochen habe. Jetzt war kein Halt mehr. Die Menge war aus Hand und Band, und als die Bahre gerade über die Schwelle des Kirchhofes getragen werden sollte, wurden die Träger derselben von drei robusten Kerlen übermächtig, die Bahre ihnen abgenommen und dieselbe nach der Stadt zurückgebracht, indem man schrie, der Heilige müsse in der Kirche begraben werden. Der Klerus und die Kongregation blieben ratlos und bestürzt auf dem Campofanto zurück und blickten dem wilden Haufen nach, der seine Beute im Triumph durch die Stadt trug und an allen Häusern schrie, man möge die kranken Personen auf die Balkone bringen, damit der Heilige sie heile. Man langt in der Kirche an, in welcher sich die Menge Kopf an Kopf drängt. Vergeblich sucht der Pfarrer einige Weiber zu beschwichtigen, welche den Altar räumen wollen, um dem Sarge Platz zu machen. Tabernakel und Kreuzifix werden auf Seite gestellt, der Sarg aufgezogen und geöffnet. Jetzt entsteht ein anderer Wettstreit. Man reißt der Leiche die Hüllen ab und theilt sich in die Fegen. Der Pfarrer eilt aus der Kirche zur Polizei; der Dekonom ruft von der Kanzel

Der Hauptpunkt des Prozesses war die Frage, ob es wahr ist, daß der Angeklagte rechtzeitig von dem Marschall des Marschalls MacMahon nach Norden in Kenntniß gesetzt worden war. Nun hat die Untersuchung jetzt den offenbaren Beweis gewonnen, daß am 26. Aug., in dem Augenblicke, da auf dem Bachtöfe von Griment die Konferenz der Corpsführer der Rheinarmee stattfand, der Marschall Bazaine die Depesche des Marschalls MacMahon in Händen hatte, von deren Existenz er nichts gewußt zu haben vorgiebt. Mehr als sieben Couriere waren von MacMahon zu Bazaine geschickt worden. Dreien gelang es, die preussischen Linien zu passiren und den Oberbefehlshaber der Armee von Metz zu erreichen. Einer von ihnen ist glücklich wiedergefunden und von dem mit der Untersuchung betrauten General Seré de Rivière vernommen worden: er wird auch in der öffentlichen Verhandlung vor dem Kriegsgerichte erscheinen. Desgleichen hat die Untersuchung festgestellt, daß der Marschall Bazaine verbotene Beziehungen mit dem Feinde unterhalten hatte. Man hat in Saint-Abold einen Zeugen gefunden, der dem Marschall in seiner Unterredung mit dem Prinzen Friedrich Karl wiederholt als Dolmetsch gedient hat. (Als ob der Prinz Friedrich Karl nicht hätte französisch sprechen können!) Achtbare Bürger von Metz haben die Aufmerksamkeit des Untersuchungsrichters auf diese Mittelperson gelenkt. Endlich sei noch das Detail erwähnt, daß der General de Rivière sich für diese lange und mühsame Untersuchung den Oberst Coste als Gehilfen beigelegt hat.

Verfailles, 11. August. Herr Thiers ist außerordentlich erzürnt gewesen über das Verhalten des Herrn de Keratry welcher durch seine Eitelkeit die Verlegenheiten der Regierung in Mar seille noch vermehrt hat. Nach alle dem Röm, den Herr de Keratry von diesem Konflikt gemacht hat, war jeder Ausgleich nicht nur schwierig, sondern unmöglich. Einige Tage lang sagte man, die Entlassung des Herrn de Keratry sei noch nicht offiziell und er sei nach Trouville zu Herrn Thiers berufen worden. Es war aber nicht richtig, denn das offizielle Journal nennt heute den Namen des Nachfolgers von Herrn de Keratry. Es ist Herr Limbourg, Präsekt vom Heraut, der bereits Streitigkeiten mit dem Generalrath seines Departement gehabt hat wegen einer Büste der Republik mit der phrygischen Mütze, welche die Räte in ihrem Sitzungssaale aufstellen wollten. Vor dem Kriege von 1870 war Herr Limbourg ein einfacher Advokat in Metz. (K. Z.)

Während die Pariser Gerichte sich in Duellfachen sehr streng zeigen und Dufaire sogar mit dem Gedanken umgeht, ein scharfes Duellgesetz vor die Nationalversammlung zu bringen, betrachten die französischen Marine-Behörden das Duell weder als ein Verbrechen noch als ein Vergehen. Dieselben haben nämlich Betreffs des Zweikampfs, welcher zwischen zwei Offizieren des Dampfschiffes „Travailleur“ stattfand und der mit dem Tode des einen endete, unter dem 2. d. folgenden Beschluß erlassen: „Aus der von dem Contreadmiral-Seepräsekt vorgeschriebenen Untersuchung geht hervor, daß weder der Ursprung des Streites, welcher zu diesem Zweikampfe Anlaß gegeben, noch der unglückliche Ausgang desselben dem Beschuldigten vorzuwerfen ist. Es liegt daher weder ein Verbrechen noch ein Vergehen vor, welches dem Hilfskommissar Min und den vier Zeugen zur Last gelegt werden könnte. Auf den Antrag des Regierungskommissars beim ersten permanenten Kriegsgerichte wird daher erklärt, daß kein Grund vorliegt, der Sache weitere Folge zu geben.“ — Die Geschworenen des Departements Seine und Marne haben einem gewissen Tournour von Coulommiers von der Anklage während des Krieges dem Feinde Lebensmittel geliefert zu haben, freigesprochen, weil es ihm gelang, nachzuweisen, daß der „deutsche Jude“ Leon, welcher bei den Lieferungen als Mittelperson diente, sich ihm als einen Franzosen ausgegeben hatte.

Italien.

Die „Nazione“ schreibt: „Man versichert, daß das Ergebnis des letzten Wahlganges für den Papst eine schmerzliche Ueberrasschung gewesen sei. Indessen tröstete sich Pius, indem er sagte, die Römer wüßten nicht, was sie thun, und Gott verbleibe immer diejenigen, welche er verderben wolle. Diejenigen katholischen Kandidaten, welche man gegen ihren Willen auf die Liste gesetzt hatte, sind nunmehr um so ärgerlicher über die traurige Rolle, welche man sie hat spielen lassen. Sie drohen sogar, die Gesellschaft für katholische Interessen verlassen zu wollen, doch scheint es gelungen zu sein, sie von diesem schrecklichen Entschlusse abzubringen. Unter dem klerikalen Fußvolke selbst herrscht großer Haß. Diejenigen, welche zur Urne gegangen sind, werfen den Andern vor, daß sie durch ihre Unthätigkeit die Niederlage verschuldet haben, wäh-

(Fortsetzung in der Beilage.)

herab, die Zeit der Wunder sei vorüber. Aber unter fanatischem Geschrei und Glockenläuten wird seine Stimme begraben; draußen tobt die Menge ebenso wie in der Kirche, und der Polizei gelingt es mit Mühe, den Sarg in die Sakristei zu schieben. Hier wird die Polizei mit dem Sarge belagert, bis der Abend kommt und bewaffnete Hilfe erscheint. Doch immer hält eine zahlreiche Menge Wacht in der Kirche und der Umgebung, doch gelingt es der Polizei, den Sarg unter dem Schutze der Dunkelheit nach dem Kirchhofe zu bringen. Jetzt wird die Sache ruchbar, und die Menge bricht auf, um sich der entrisenen Beute wieder zu bemächtigen. Nun zeigt die Polizei aber ernsthafte Zähne, und der Sturm wird abgeschlagen. Ein halbes Duzend Rädelshörer wird verhaftet. Der Klerus selbst war förmlich überumpelt und gab sich alle Mühe, die fanatische Menge zu beschwichtigen. (Köln. Ztg.)

Ein komisches Bild.

Aus dem Orte Czerest in Kongresspolen theilt man die nachstehende ergötzliche Historie mit. In der dortigen den Katholiken abgenommenen und zu russischen Kultuswecken umgestalteten Kirche war der Maler eben mit der Anfertigung eines Bildes, die Opferung Isaaks darstellend, beschäftigt, als ein Kolakentapian auf ihn mit der Frage trat, wer denn der Mann mit dem gekrümmten Messer sei. Der Maler, in der Bibel wohl versiert, gab dem neugierigen Krieger die in Europa allbekannte Geschichte von der beabsichtigten Abtödtung Isaaks seligen Andenkens durch weiland dessen Vater Abraham zum Besten. Der Kapitän hörte zu, meinte aber, daß es sich nicht schide, die Rittersold durch Pulver und Blei zu finden. Entsprechend dieser geläuterten Ansicht, gab der Soldat dem Maler den Auftrag, Abraham mit einer — Pistole in der Hand darzustellen. Letzterer schmunzelte, versprach Gehorsam, und einige Tage später konnte man auf dem Wandgemälde einen Abraham in russischer Uniform und mit einer Pistole in der Hand sehen. Damit jedoch der Engel Gottes entsprechend dieser neuen Situation die Befehle des Allmächtigen vollbringen könne, wurde sothaner Himmelsbote in den Wolken mit einer kleinen Spritze in der Hand ausgestattet, welche Wasser in die Wundspalte der Pistole Abrahams träufelte, damit der Schuß nicht losgehen könne.

* **Bedr kein Deutscher.** Der „Dresdner Anzeiger“ sagt: Ein Bericht über „die Jesuiten in Rom“ im „Katholischen Kirchenblatt“ nennt den Jesuitengeneral Pater Bedr (dort Bedr geschrieben) einen Deutschen. Obwohl das den jesuitischen Interessen so tief ergebene Blatt über jesuitische Personalien unterrichtet sein müßte, ist es doch diesen Irrthum des Berichtstatters ohne Berichtigung stehen: jeder Deutsche hat aber die Pflicht, die zweifelhafte Ehre abzulehnen, daß der Herrscher dieses internationalen Priesterstaates unserer Nation entstamme. B. ist 1795 in Schem in Belgien geboren, hat aber allerdings lange in Deutschland gewirkt, so als Beichtvater des zum Katholizismus übergetretenen Herzogs Ferdinand von Anhalt-Köthen und später in Oesterreich. Wird der Belgier Bedr etwa nur deshalb als Deutscher bezeichnet, weil Belgien und Holland bei der Eintheilung der Welt in Jesuitenbezirke zur Assistenz Deutschland gehören?

tend diese Letzteren mit dem Vorwurfe antworten, daß es eine große Thorheit gewesen sei, sich einer materiellen und moralischen Niederlage auszusetzen, indem man die Prinzipien der Partei Preis gab.

Ueber den Brigantaggio wird der „N. Fr. Pr.“ aus Rom 6. August, berichtet:

Ich darf nicht verschweigen, daß der Brigantaggio wieder im schönsten Flor steht. Aus der Umgegend von Salerno flüchten sich zahlreiche Familien in diese Stadt, aus der sich Niemand mehr hinaus-trait. Leider beschränkt sich die ganze Thätigkeit der Polizei fast einzig darauf, Prämien von 1000 bis 10,000 Franks auf die Köpfe einzelner Bändenführer zu setzen. Zu den gefährlichsten zählen Manzi, ein ent-wichener Galeerensträfling, und ein gewisser Crocco, der glücklicher-weise kürzlich hinter Schloß und Riegel gebracht und von den Ge-schworenen von Avellino verurtheilt worden ist. Aus Rache sucht sich nun sein Freund die Geschworenen heraus und hat ihnen allen den Tod geschworen. In Cariatì ist es so weit gekommen, daß die Na-tionalgarde Tag und Nacht den Bahnhof besetzt halten muß, um die Reisenden gegen einen Ueberfall zu schützen. Die Familie Mancusi hat an den Briganten-Chef Manzi bereits 140,000 Franks Lösegeld bezahlt, und er stellt noch immer neue Forderungen, drohend, im Falle der Nichtzahlung Herrn Mancusi zu ermorden, und leider ist er der Mann dazu, Wort zu halten. Andererseits spuckt der Brigantaggio auch im Norden, wo sich der Räuber Vignani die Gegend zwischen Monza und Gorgonzola zum Schauplatz seiner Thaten auserkoren.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die Genesis des Türkischen Ministerwechsels wird in einer interessanten Korrespondenz der „N. A. Z.“ aus Bern besprochen.

Schon seit einigen Jahren, heißt es dort, arbeitete der Vizekönig von Aegypten darin, sich von den Kapitulationen los zu machen, und hatte zu dem Ende unter Zuziehung der verschiedenen Konsulate den Entwurf einer Justizreform ausarbeiten lassen, auch mit mehreren Europäischen Mächten Verhandlungen zu diesem Zweck eingeleitet. Die Hauptentscheidung aber lag in Konstantinopel, und so lange der Großwesir Ali Pascha lebte, durfte er schwerlich daran denken. Sobald dieser starb, knüpfte er mit dessen Nachfolger Mahmud Pascha Ver-handlungen an, die sich aber unbegreiflicher Weise in die Länge zogen. Endlich rückte Mahmud Pascha mit der Sprache heraus und gab dem Vertreter des Khedive, Niaz Pascha, zu verstehen, daß er die Sache erledigen werde, unter der Bedingung, daß der Vizekönig ihm, dem Großwesir, zu eigenen Händen die Summe von 500,000 Lire (3 Mil-lionen Thaler) auszahle. Während über diesen zynischen Antrag eile nun der Vizekönig nach Konstantinopel, um die Angelegenheit direkt mit dem Sultan zu erledigen. Unterdessen hatte Mahmud Pascha den Statthalter von Bagdad, Midhat Pascha, abgesetzt, und um ihn von der Hauptstadt zu entfernen, sein Exil beschloffen — ein Willkürakt, der alles übertraf, was der Großwesir sich bis dahin an Brutali-täten jeder Art erlaubt hatte; die öffentliche Meinung konnte sich nicht damit befrieden. Midhat Pascha kam in Alexandrette an, wo ihn der Befehl erwartete, sich ins Exil nach Angora zu begeben; zugleich aber erhielt er vom Khedive ein Telegramm des Inhalts: er möge ruhig nach Konstantinopel kommen, er werde ihn schon schützen; Mid-hat Pascha kam an, und das Intriguenpiel ging los. Der Groß-wesir wagte es nicht, den Verbannungsbefehl auszuführen, verhin-derte aber, daß Midhat Pascha eine Audienz beim Sultan erhielt durch die Erklärung: er habe die Flechte von Bagdad (ähnlich der Flechte von Aleppo), und es sei also Gefahr da, daß der Sultan angesteckt werde. Um ihn von der Hauptstadt zu entfernen, ernannte er ihn zum Statthalter von Adrianopel. Am Donnerstag (25. Juli) erwirkte der Khedive durch seine persönliche Fürbitte beim Sultan, die ohne jedes Urtheil und Recht aus bloßer persönlicher Rache durch Mahmud Pascha erlassenen Hülfen Ali Pascha, Kriegsminister zur Zeit Ali Paschas und Schirvanbadeh Mehmed Ruchbi Pascha, damals Finanzminister, aus ihrem Exil zurückgerufen wurden. Die Unordnung in der Verwaltung war bereits auf einen solchen Grad gestiegen, daß man nicht einmal wußte, wo sich die genannten Minister aufhielten; es mußte erst in den Akten nachgesehen werden. Midhat Pascha erhielt nun eine Audienz beim Sultan, und bat ihn um Erlaubnis, noch einige Tage bleiben zu dürfen, um sich zu erholen und einen Arzt zu konsultiren; der Sultan gestattete es ihm gern. Dies geschah am 28. Juli. Am 29. schickte der Großwesir aber dem Midhat Pascha Befehl, sich sofort auf seinen Posten: zu be-gehen, widrigenfalls er ihn verhaften lassen werde. Am 30. erschien also abermals Midhat Pascha im Palast, um sich zu verabschieden, weil der Großwesir es ihm so befohlen habe. Das war zu arg; der Sultan fuhr auf: „Wer hat zu befehlen, ich oder er?“ Sofort erhielt ein Tschand (Adjutant) Befehl, dem Großwesir das Staats-siegel abzunehmen, welches Midhat Pascha erhielt. Der Tschand traf Mahmud Pascha in seinem Sommerhaus in Bebek, der sich gerade ansah, nach vollendetem Tagewerk seinen Mastix zu trinken; er war wie von einem Donnerstrolche gerührt. Schon am nächsten Mor-gen verbreitete sich die Kunde in der Hauptstadt, und erregte bei der ganzen Bevölkerung einen wahren Sturm des Jubels und wiederholte fanden im Laufe des Tages laute Freudenemonstrationen vor dem Palast des Sultans statt. Der Herzensbath, welchen Mahmud Pascha seit fast 11 Monaten im Türkischen Reich aufgeführt hatte, war zu Ende, und alles erwachte wie aus einem wüsten Traume, denn Jeder-mann fühlte das Alptrüben. Die ganze Regierungsmaschine ist aus Hand und Band gegangen, und der neue Großwesir hat ein flüch-tiges Stück Arbeit vor sich. So viel ist sicher, die unheilvolle Verwal-tung Mahmud Paschas hat das Land um eine Generation in seiner Entwicklung und in seinem Wohlstand zurückgeschleudert. Die ange-blichen Ersparungen sind, wie dies klarlich nachgewiesen ist, reiner Schwindel; die schwelende Schuld hat sich um keinen Pfarrer vermin-dert. Durch den ewigen Wechsel der Beamten ist die Verwaltung in die gräßlichste Konfusion gerathen, und keiner weiß, wer Koch und wer Keller ist. Die sogenannte Reform-Kommission reichte allwöchentlich dem Großwesir ihre Proskriptionslisten ein, und gleicht den Sultanischen Proskriptionslisten, dem Revolutions-Tribunal zur Zeit Robespierres und Fouquier Timville's wie ein Ei dem andern; Pa-natismus und persönliche Rache diktierten ihre Beschlüsse, und rohe Brutalität brachte sie zur Ausführung.

Konstantinopel, 4. August. Am vorigen Donnerstage hat in der hohen Pforte unter dem Vorsitz des neuen Großvezirs Midhat Pascha ein großer Ministerrat stattgefunden, dem alle Mitglie-der des Kabinetts, die Minister mit und die ohne Portefeuille, beizwohnten. Nach Schluß der Beratung begab sich der Großvezir zur Be-richterstattung zum Sultan. Wie man jetzt erfährt, war der Gegen-stand, um den es sich bei der Besprechung handelte, die Frage, ob das von Mahmud Pascha eingeführte System der inneren Verwaltung, nach welchem die Provinzen des Reiches in Sandschaks getheilt wur-den, beibehalten oder abgeschafft werden solle. Man faßte den Be-schluß, es abzuschaffen, und in Folge dessen werden die Verhältnisse, wo mit Ausführung dieser Maßregel begonnen worden ist, wieder in Wiläyet umgebildet werden. — Der Ex-Großvezir Mahmud hat, wie ich aus guter Quelle höre, den Befehl erhalten, bis auf Weiteres sein Exil nicht zu verlassen und man versichert, derselbe werde dem-nächst vor Gericht gestellt werden, um sich wegen verschiedener Auf-lagen zu verantworten, welche sich theils auf seine Verwaltung während der Zeit seines Bejars beziehen. Eine Menge von Personen, die der geschehenen Größe Verletzungen ihrer Interessen nachtragen, ver-sammelte sich nebst unterschiedlichem Pöbel am vorigen Sonnabend vor seinem Exil und brachte ihm eine ganz fürchterliche Rachenmusik, die fast eine Stunde währte. (Köln. Ztg.)

Griechenland.

Athen. In Folge der griechischen Ministerkrisis hat die Lau-

tion-Bergwerksangelegenheit größere Bedeutung gewonnen und daher die spezielle Aufmerksamkeit des italienischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten von Neum auf sich gezogen. Die dem italienischen Gesandten in Athen erteilten Instruktionen sind klar und kategorisch, und die griechische Regierung wird sich endlich entschließen müssen, den billigen Forderungen der Geschädigten gerecht zu werden. Die Maßschläge, welche Rußland und die anderen fremden Mächte der griechischen Regierung gegeben haben, sind zu Gunsten der Betroffe-nen. Die französische Regierung macht natürlich gemeinschaftliche Sache mit der italienischen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 15. August.

— An die hiesige Regierung ist die Anfrage gerichtet worden, ob im Departement Posen dem Jesuitenorden verwandte Kongrega-tionen bestehen, auf welche das Jesuitengesetz Anwendung finden könnte. Wie wir aus bester Quelle vernehmen, hat die Regierung den Orden der Dames au sacré coeur als eine derartige Kongrega-tion bezeichnet und steht demnach die Aufhebung dieses Ordens, der eine Erziehungsanstalt für Töchter wohlhabender Familien in der Nähe unserer Stadt besitzt, in naher Aussicht. Von einer Aufhebung des hiesigen Ursulinerinnen-Klosters, resp. ihrer Erziehungsanstalt, ist bisher noch nicht Rede gewesen.

— In Angelegenheit des Kanalbaus auf dem Sapiechaplaz ist, wie bereits erwähnt, im Auftrage der k. Regierung unter dem 30. Juli d. J. seitens des hiesigen Polizeidirektoriums ein Resolut erlassen worden, mit dem gleichzeitigen Ersuchen an die Besitzer der drei Grund-stücke Sapiechaplaz 1, 2 und 4 n. n. mehr mit dem Bau des Kanals ungesäumt vorzugehen. Dieses Resolut, welches uns von einem der betreffenden Hausbesitzer zur Verfügung gestellt ist, führt etwa folgen-des aus:

In Angelegenheit des von den Hausbesitzern Renard u. Genossen gestellten Antrages auf Genehmigung der Anlage eines unterirdischen Kanals zur Ableitung des Hauswassers vom Grundstück Sapiechaplaz Nr. 4 bis zu dem Bogdanka-Kanale beim Grundstück Sapiechaplaz Nr. 1, und dem vom Magistrat der Stadt Posen gegen diese Anlage erhobenen Widerspruch wird nach Anhörung der Beteiligten dahin resolved, daß der vom Magistrat der Stadt Posen erhobene Wider-spruch als unbegründet zurückgewiesen wird. Es werden für diese Resolution folgende Gründe angeführt: Durch Ermittlung der Sanitäts-Polizeibehörde, sowie durch Auerkenntnis sämtlicher Beteiligten ist festgestellt, daß der Straßenrinnein längs jener Grundstücke ge-sundheitwidrige Gerüche verbreitet, und daß diese Gerüche durch das Spülwasser der Waterklosets in dem Hause Sapiechaplaz Nr. 4 ver-anlaßt werden. Der Hausbesitzer Renard, wiederholt polizeilich angehalten, diesen Uebelständen vollständig abzuheben, hat mit zwei seiner Nachbarn den Antrag gestellt, zur Ableitung des Hauswassers einen unterirdischen Kanal anlegen zu dürfen. Diese Anlage ist nach Verhandlung mit den Betheiligten polizeilich als der geeignetste Weg erachtet worden, den bestehenden Uebelstand zu beseitigen, und sind darauf die Antragsteller zur Ausführung polizeilich angehalten worden. Der Magistrat der Stadt Posen erhebt gegen die Anlage Widerspruch, weil 1) die Kommune Eigentümerin des Grund und Bodens sei, auf wel-chem der Kanal angelegt werden soll; 2) weil die Straßenrinnein am Sapiechaplaz zur Abführung des nicht stinkenden Haus- und Küchenwassers, für welches sie bestimmt seien, genügt, die Abführung des Kloset-Spülwassers aber weder in den Straßenrinnein, noch in den unterirdischen Kanal zulässig sei, indem dieser Kanal das Spül-wasser der Bogdanka zuführen würde, nach § 15 der Straßenpolizei-Ordnung vom 12. April 1837 aber alle Entfernungsabläufe in die Bog-danka verboten seien. Was nun den ersten Einwand, bez. das Eigen-thumsrecht der Kommune Posen, betrifft, so ist dasselbe, wie bereits seitens der k. Regierung dargelegt worden, hier ohne Einfluß auf die Entscheidung der Sache, da es sich hier nur um solches Eigentum der Kommune handelt, welches für den öffentlichen Verkehr, die öffent-liche Benutzung bestimmt ist, die Art und die Grenzen dieser Benutzung aber lediglich von der Polizeibehörde bestimmt werden. Durch die im sanitären und straßenpolizeilichen Interesse beabsichtigte Anlage wird aber die Stadtgemeinde in keiner Weise geschädigt, vielmehr das In-teresse des Gemeinwesens gefördert. In Betreff des zweiten Einwandes des Magistrats muß hervorgehoben werden, daß der Polizeibehörde obliegt, die Abflüsse zu kontrolliren, resp. zu bestimmen, welche dem Straßenrinnein und damit der Bogdanka zugeführt werden würden. Die vorliegende Angelegenheit gehört somit nicht zum Ressort des Magistrats und bedarf es nach L. No. 4 u. 5 der baupolizeilichen Vorschriften für den Reg.-Bez. Posen vom 12. Februar 1847 und § 4 der Bauordnung für die Stadt Posen vom 6. Mai 1837 hierbei selbst nicht eines Bau-tensons, sondern nur der straßen- resp. sanitätspolizeilichen Kontrolle der Ausführung der Anlage. Wenn ferner der Magistrat behauptet, daß die Straßenrinnein lediglich zur Abführung des nicht stinkenden Regen-, Haus- und Küchenwassers bestimmt seien, so ist dies schon insofern nicht zutreffend, als auch das Küchen-Spülwasser häufig in einer Weise verunreinigt wird, die der Klosetspülung nicht nachsteht, und für die Rinnein sogar oft gefährlicher erscheint, als das Wasser, welches durch aufgerichtete Waterkloset-Anlagen geführt wird, wenn dabei auf Desinfizierung gehalten wird. Die Straßenrinnein der Stadt Posen genügen demnach im Allgemeinen keineswegs mehr für die Abführung der Haus- und Küchenwasser; es muß vielmehr als notwendige Konsequenz der Einführung von Wasserleitungen auch die unterirdische Abführung der Haus- und Küchenwasser hingestellt werden. Wenn ferner vom Magistrat behauptet wird, die Zuführung von Kloset-Spülwasser mittels des neu anzulegenden Kanals in den Bogdanka-Kanal sei nach § 15 der Polizei-Verordnung vom 12. April 1837 unzulässig, so ist auch dies nicht zutreffend. Denn jener Paragraph lautet: „An den bedeckten Kanälen der Stadt dürfen ebenso wenig, wie an der Warte, den Böden und Gräben Abtritte, Mist- oder Senkgruben mit Abzügen in dieselben angelegt werden.“ Es handelt sich aber in dem vorliegenden Falle durchaus nicht um solche Anlagen, sondern lediglich um das mit Kloset-Spülwasser gemischte Haus-wasser. Beide bei der Einführung in unterirdische Kanäle von ein-ander zu scheiden, liegt keine Veranlassung vor, wenn darauf ge-achtet wird, daß die Einströme in den Kanälen fern gehalten werden, und darauf wird polizeilich strenge gehalten werden, so daß dem Bogdankanal durch den neu anzulegenden Kanal durchaus nicht mehr Unreinlichkeiten zugeführt werden, als bisher durch den Stra-ßenrinnein. Die an der Westseite der Wilhelmstraße bereits existi-rende ähnliche Anlage bewährt sich durchaus gut. — Die beabsichtigte Kanalanlage hebt also den gegenwärtig bestehenden Uebelstand sicher und schadet nach keiner anderen Richtung. Bei dieser Sachlage muß die Polizeibehörde sich dem Projekte der Antragsteller umso mehr an-schließen, als ein Eingreifen in Privatrechte, wie durch das vom Ma-gistrat gewünschte Zuziehen von Abflüssen, vermieden werden muß, so lange andere Auswege sich finden. Dieses in der letzten Zeit wiederholt angewendete Mittel ist übrigens mit sehr großen Uebelständen verknüpft, auf deren Beseitigung die Polizeibehörde bedacht sein muß. Zur Kasstrung der Waterkloset-Anlagen im Innern der Häuser er-scheint die Polizeibehörde der Regel nach nicht berechtigt, so lange die Klosetanlagen weder in den Häusern und Höfen, noch auf der Straße schädliche Gerüche verbreiten. Ueberdies sind diese Anlagen in sanitä-rer Beziehung von sehr wohlthätiger Einwirkung auf das Innere der Häuser, und dürfte außerdem das Kasstrun der Waterklosets oft auch seinen praktischen Werth haben, da in Häusern mit Wasserleitung in jedem Augenblick von dem Wasser ein Gebrauch gemacht werden, der dasselbe in gleicher Weise verunreinigt, wie das Spülen der Klosets.

— Endlich kann nach Lage der hiesigen Verhältnisse besonders dem hiesigen Magistrat nicht die Befugnis zugesprochen werden, sich über Anlagen, wie die im Renardischen Hause, zu beschweren. Denn der Magistrat hat die Waterklosets entfallen sehen, ohne dagegen anfäng-lich überhaupt, resp. später in geeigneter Weise einzuschreiten. Wie der Antragsteller Renard behauptet, ist ihm gleichzeitig mit dem vom Ma-gistrat erteilten Baufensel die Genehmigung zu den Waterkloset-Anlagen erteilt, dies auch seitens des Vertreters des Magistrats nicht bestritten worden. Andere Hausbesitzer, wie z. B. Neh. Broditz am Alten Markt, behaupten, daß die Waterklosets in ihren Häusern unter der Kontrolle von Magistratsbeamten angelegt worden seien. Seit dem Bestehen der Wasserleitung endlich, also seit 6 Jahren, liefert der Magistrat dem Hauseigentümer das zu den Waterkloset-Anlagen er-forderliche Wasser gegen die dafür ausdrücklich im Tarif angelegten Kosten. — Haben sich also Zustände, wie die hier besprochenen, unter den Augen und unter Mitwirkung des Magistrats herausgestellt, so ist er umso mehr verpflichtet, sich den daraus sich ergebenden Kon-sequenzen zu fügen, besonders aber, wenn es sich, wie hier, um eine Anlage handelt, welche die Unternehmer vollständig auf eigene Kosten und Gefahr durchzuführen beabsichtigten. Diese Erwägungen mögen auch maßgebend gewesen sein, als der Magistrat unter dem 23. Sept. 1868 seinerseits die später widerrufenen Zustimmung zu der projektirten Anlage erteilte.

In der Zusage zu dieser Resolution an die betr. Hausbesitzer ist besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Vorrichtungen zur Aus-scheidung sämtlicher Einströme vom Kanal auf das Sorgfältigste zu treffen und zu unterhalten seien, und werden sonstige Bedingungen, be-sonders in Betreff des Vermeidens der Beschädigung der Gas- und Wasserleitungsrohre gestellt. Die Kosten für die Anlage haben die betr. Hausbesitzer zu tragen und die ganze Anlage auf ihre Kosten zu entfernen, sobald dies im Falle einer Gesamt-Kanalisation verlangt wird. Die technische Aufsicht über die Anlage des Kanals wird der k. Bau-Inspektor Peterßen ausüben.

— Am 10. d. M. fand eine Sitzung des Aufsichtsrathes der hie-sigen Provinzial-Wechsler- und Diskonto-Bank statt. In derselben wurde zunächst der hiesige Stadtrath Hr. Robert Schmidt als Mit-glied kooptirt und einige auf die innere Organisation gerichtete Maß-nahmen getroffen. Demnach wurde, nachdem durch den Bericht des Vorstandes im Anschluß an die früher überreichte Bilanz per 30. Juni c. die erfreuliche Thatsache konstatiert worden, daß auch seit dieser Zeit die Geschäfte der Bank in überraschender Zunahme be-griffen und die Ansprüche an dieselbe sich fortwährend vergrößern, die Vollzahlung der Aktien beschloffen und demgemäß der Termin zur Einforderung der letzten 30 Proz. auf den 16., 17 und 18. September festgesetzt.

— Der Stadtverordnetenversammlung am 14. August wohnten nur 15 Mitglieder bei, so daß demnach, da die Versammlung gegenwärtig 33 Mitglieder zählt, nicht die beschlußfähige Anzahl anwesend war. Der Magistrat war vertreten durch die Herren: Oberbürgermeister Kohleis und Stadträthe Annuß, v. Chlebowski, Stensel. Nachdem der stellvertretende Vorsitzende, Hr. Kommerzienrath B. Jaffe, die Versammlung eröffnet, machte derselbe einige geschäftliche Mittheilun-gen. Ueber den Ausfall des Prozesses der Stadt Berlin gegen den Fiskus wegen Erstattung der Kosten für die Vorarbeiten zu den Wahlen der Abgeordneten zum Reichstage des Norddeutschen Bundes haben wir bereits im Morgenblatt berichtet. Der Berliner Magistrat hat auch dem hiesigen Magistrat eine Druckschrift, welche diesen Gegen-stand behandelt, überhandt. — Der Vorsitzende verlas ferner ein von Berlin datirtes Schreiben des früheren Mitgliedes der Stadtveror-dnetenversammlung, Hrn. Gymnasialdirektor Dr. Schaper, an den Vorsitzenden der Versammlung, Hrn. Rechtsanwält Plet. Der In-halt dieses Schreibens ist folgender: „Durch seine Uebersiedelung nach Berlin sei nicht allein seine Arbeit im Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen, sondern auch seine Thätigkeit in der Kommunalverwaltung dieser ihm so theuer gewordenen Stadt beendet. Er habe sich stets dadurch geehrt gefühlt, daß ihm das Vertrauen seiner Mitbürger Ge-legenheit verschafft, in weiteren Kreisen für die Entwicklung des Schulwesens thätig zu sein. Er bitte den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, in seinem Namen der Versammlung ein herz-liches Lebewohl zu sagen. Die Verathungen derselben hätten auf Je-den, der an ihnen Theil nahm, einen wohlthuenden Eindruck machen müssen, weil sich in ihnen strenge Objektivität und gesunde Beurthei-lung der tatsächlichen Verhältnisse mit dem warmen Interesse für diejenigen Güter verband, welche dem Leben einen höheren Werth ver-leihen. Die dankbare Erinnerung an das freundliche Entgegenkommen und an das Vertrauen seiner Kollegen werde sich in ihm stets mit dem Wunsche vereinen, daß ihm das Segen der Stadt diese so fruchtbri-ngende Vereinigung idealen Strebens und praktischer Thätigkeit der Versammlung allezeit erhalten bleibe.“ — Da zur Erledigung der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung nicht die beschlußfähige An-zahl von Stadtverordneten anwesend war, so soll möglichst bald eine neue Versammlung berufen werden, die alsdann bei jeder Mitglieder-zahl über diejenigen Gegenstände, welche heute auf der Tagesordnung standen, beschlußfähig ist.

Es wurden darauf zwei Interpellationen an den Magistrat gerichtet, von denen vornehmlich die letztere von ganz besonderer Wich-tigkeit ist. Die erste derselben bezog sich auf das von der Handels-kammer gemietete Börsenlokal über der Stadtwage, und theilte dar-über Hr. Löwinsohn folgendes mit: Die Handelskammer hat jenes Lokal nebst Zubehör von der Kommune Posen für jährlich 400 Thlr. gemietet, und kauft der Miethskontrakt noch zwei Jahre. Da sich nun jene Lokalitäten in sehr desolaten Zustande befinden, so beabsich-tigt die Handelskammer, dieselben mit einem Kostenaufwande von ca. 300 Thlr. zu restauriren, jedoch nur unter der Bedingung, daß der bisherige Miethskontrakt noch auf weitere drei Jahre prolongirt werde. Der Magistrat ist jedoch nicht gesonnen, auf diese Prolongation ein-zugehen. Der Interpellant richtete an den Magistrat die Frage, welche Gründe ihn dazu bestimmen? Hr. Stadtrath Annuß beantwortete diese Interpellation dahin, daß die Prolongation aus dem Grunde nicht bewilligt werden könne, weil ein totaler Umbau des Stadtwaa-gegebäudes in den nächsten Jahren sehr wahrscheinlich sei.

Die zweite Interpellation bezog sich auf die bekannte Angelegen-heit des Kanalbaus auf dem Sapiechaplaz, und lautete fol-gendermaßen: „Aus den hiesigen Zeitungen erfahren wir, daß wegen eines Kanalbaus am Sapiechaplaz eine Konflikt zwischen unserem Ma-gistrat und dem Polizeidirektorium eingetreten ist. Bei dem lebhaften Interesse, welches die unterzeichneten Stadtverordneten an allen Kom-munal-Angelegenheiten nehmen, fühlen sie sich zu der ergebenden An-frage gedrängt, dahingehend: 1) Was ist die Veranlassung zu diesem vorliegenden bedauerlichen Konflikt und wie ist der genauere und nähere Sachverhalt? 2) Welche Maßnahmen hat der Magistrat zur Beseitigung dieser Störung vorgenommen? 3) Welche Erfolge hat der Magistrat erzielt? 4) Was beabsichtigt der Magistrat noch ferner zur durchgreifenden Erledigung dieser Angelegenheit vorzunehmen?“

Hr. Löwinsohn. Türk. Briske. H. v. Chlebow. Gertel. Herr Ober-bürgermeister Kohleis beantwortete diese Interpellation in längerer Rede, welche wir morgen mittheilen werden.

— Im Volksgartentheater findet heute das Benefiz der be-liebten jugendlichen Sourette Frä. Herbold statt und kommen dabei von neuen Stücken zur Aufführung: „Die lebenden toten Eheleute“ und „Die drei Helden“.

— **Zabikowo.** Am 12. und 13. d. fand in Zabikowo die öffent-liche Prüfung der Zöglinge der polnischen landwirthschaftlichen Lehr-anstalt statt. Den Schluß derselben bildete die feierliche Entlassung von vier Zöglingen, welche den vollständigen Lehrkursus absolvirt und ihre Abgangsprüfung rühmlich bestanden hatten. Es sind dies die er-sten Abiturienten, welche die Anstalt entlassen hat; sie sind bekanntlich aus dem Königreich Polen gebürtig, wohin sie auch zurückkehren. Zum

neuen Direktor der landwirthschaftlichen Lehranstalt ist nunmehr Herr Lubominski definitiv gewählt und wird derselbe sein Amt am 1. Oktober d. J. antreten. Das Kuratorium steht in Unterhandlung mit dem Oberlehrer am Marien-Gymnasium Herrn Dr. Wituski und dem Privatgelehrten Herrn Dr. Lebinski wegen Uebnahme von Vorlesungen an der Anstalt. Ersterem soll als Lehrgegenstand die Physik, letzterem die Nationalökonomie übertragen werden.

— **Wegen Umgehung der Militärpflicht** ladet das königl. Kreisgericht zu Meseritz 36 Personen vor, das zu Breschen 5, das zu Rogasen 125.

— **Die Polen in Proskau.** Dem „Diennit pozn.“ wird aus Oppeln über die in diesen Tagen vom 9. bis 11. stattgehabte Jubelfeier des 25jährigen Bestehens der landwirthschaftlichen Akademie in Proskau berichtet. Die Betheiligung früherer Zöglinge der Anstalt an der Jubelfeier war, nach dem polnischen Bericht, auffallend gering. Es hatten sich etwa 50 derselben eingefunden. Von Polen war Niemand zugegen, obwohl die Anstalt während ihres 25jährigen Bestehens mindestens 400 Zöglinge polnischer Nationalität ausgebildet hat. Auch die polnischen Zöglinge, 8 an der Zahl, waren der Jubelfeier aus dem Wege gegangen, indem sie schon 14 Tage vorher abgereist waren und wahrscheinlich nicht mehr zurückkehren werden. Als Grund der wachsenden Abneigung der Polen gegen die proskauer landwirthschaftliche Akademie führt der Korrespondent die deutsch-patriotische Haltung mehrerer Lehrer derselben an. Die Vorträge dieser Lehrer, obwohl in wissenschaftlicher Hinsicht ausgezeichnet, seien häufig geistigt mit deutsch-patriotischen Phrasen, die nur geeignet seien, in den Hören einer fremden Nationalität Ekel und Widerwillen zu erregen. So müsse man alle Augenblicke Redensarten hören, wie „unser Vaterland“, „unser großes Vaterland“ und in einem Vortrage über Dominal-Bräuerien habe der Lehrer sich nicht gescheut es auszusprechen, daß solche Bräuerien, wenn sie keinen größeren Absatz haben, in der Regel ein so schlechtes Bier liefern, daß ein deutscher Mann es gar nicht trinken könne. Ein anderer Lehrer habe in einem Vortrage über die Behandlung der ländlichen Arbeiter auseinandergelegt, daß man durch milde und freundliche Behandlung derselben, und ständen sie auch auf der Bildungsstufe der Neger, weit mehr erreichen könne als durch Schreien, Toben und Prügel und habe dann sehr verständlich angedeutet, daß die oberflächlichen Arbeiter mit den Negern auf ziemlich gleicher Stufe ständen. Noch ein anderer Lehrer habe sogar die für Polen sehr beleidigende Aeußerung gethan, der Weichselkopf komme am häufigsten in den von Polen bewohnten Ländern vor. Der geniale Korrespondent erblickt in den angeführten Redensarten und Aeußerungen eine unerhörte Rücksichtslosigkeit gegen die Polen und hofft, daß die polnischen jungen Landwirthe die deutschen landwirthschaftlichen Lehranstalten meiden und sich der polnischen Lehranstalt in Zabikowo massenweise zuwenden werden. Man merkt die Absicht!

— **r. Jablonek, bei Wollstein, 12. August.** [Gustav-Adolph-Verein.] Außer dem bereits in den dreißiger Jahren von dem verstorbenen Superintendenten Herrn Gerlach in Wollstein und von hier aus über die ganze Superintendentur verbreiteten Missionsvereine besteht in derselben seit mehreren Jahren bereits ein Gustav-Adolph-Verein. Beide Vereine wirken seit ihrer Begründung ganz segensreich. Der Missionsverein feiert sein Fest in der evangelischen Kirche zu Wollstein und die übrigen Gemeinden alljährlich abwechselnd in ihren Gotteshäusern. Die vorjährige Pastoral-Kreis-Synode der Wollsteiner Eparchie beschloß indeß nach dem Grundsatz: „Das Eine thun und das Andere nicht lassen“ dem Danke gegen den Gustav-Adolph-Verein, dessen Hilfe die evangelische Kirche in unserer Provinz schon vielfach mit Dank erfahren hat und dessen Beistand sie in einem weit höhern Grade, als die übrigen Provinzen unseres Vaterlandes bedarf, ebenfalls durch eine kirchliche Feier Ausdruck zu verleihen. Was war natürlicher, als daß unsere Gemeinde als diejenige der Wollsteiner Eparchie, welche vor einigen Jahren, bei der Erbauung ihres Gotteshauses die hilfreiche Hand des Gustav-Adolph-Vereins erfahren, zuerst die dankbare Anerkennung so fördernder Theilnahme kund gab. Von diesem Gedanken getragen lud ihr Seelsorger Herr Pastor Birckhoff zu einer Feier des Vereins in unsere evangelische Kirche auf den 8. d. M. ein. Die Ernte war noch nicht vollständig beendet, dessen ungeachtet versammelten sich die Glieder der Gemeinde, aber auch viele umliegenden Kirchspiele 9 Uhr Vormittags in dem mit Laubgewinden geschmückten Gotteshause. Sämmtliche Geistliche des Superintendentenkreises hatten sich ebenfalls eingefunden und es wurde ein überaus solenneller Gottesdienst abgehalten. Eine an dem Ausgange der Kirche für den Gustav-Adolph-Verein gesammelte Kollekte bewies, daß die Zuhörer nicht umsonst über das Entstehen und Zweck desselben Aufschluß und neue Anregung zu williger Hilfeleistung für ihre armen, hier und dort zerstreut lebenden Glaubensgenossen empfangen hatten. Wer ist zu gleicher Liebe bereit?

— **Östrowo, 13. August.** Freitag den 16. früh marschirt das hier garnisierende Bataillon des 50. Infanterie-Regiments zur Uebung in die Gegend von Lissa ab, wohin auch die hiesige Ulanen-Eskadron bereits am 9. ausgerückt ist. Am 16. September sollen die genannten Truppentheile wieder hier eintreffen. An Stelle des ausgeschiedenen Kreisdeputierten für unsere Stadt — des gewesenen Bürgermeisters Galtner — ist der Stadtverordnete-Vorsteher Kreissteuer-Einnehmer Kreidel gewählt worden. Die Hoffnung, daß durch die vom neuangetretenen Bürgermeister Schuder getroffenen Maßregeln gegen die unzeitige Aufkäufer der Gerealien und Lebensmittel durch Händler an Markttagen diese in gebührende Schranken gewiesen und dadurch für die hiesigen Konsumenten eine geringere Preisstellung der Bedürfnisse erzielt werden würde, hat sich bis jetzt leider nicht erfüllt. Die Aufkäufer, dieser Schrecken für die Hausfrauen wie für die zahlenden Hausherrn, treiben ihr Wesen nach wie vor und stecken ihre Polypenarme schon in die Körbe und Säcke der Verkäufer, bevor diese noch die Stadt erreichen.

— **Δ Bromberg, 13. August.** [Verein der Kaufleute. Handwerkerfest. Belustigungen. Fünfte Schluß. Modenwelt. Musikfest.] Der Verein junger Kaufleute hatte am Sonnabend im Schützenhause ein Sommer-Ballfest arrangirt welches großen Beifall fand. Der Garten war durch viele Ballons erleuchtet und das Feuerwerk gelang bei dem schönen Abende ganz vortrefflich. Seitens des Magistrats waren die beiden Herren Bürgermeister und der Stadtbaurath vertreten. — Das Handwerkerfest am Sonntag dagegen endete mit einer kleinen Keilerei. Saum cuique! Es sind Alles Früchte unserer sozial-demokratischen Bestrebungen. Freiheit, Gleichheit, Reue! — Auf dem Neuen Markt erfreut sich die Jugend wie das Alter an zwei Caroussells, die mit ihren Drehorgeln den einsamen Platz beleben, so wie wir erfahren, gedenkt die Salomonische Kunstreiter-Gesellschaft dort ihren Zirkus nächstens aufzubauen, wogegen der Direktor Brodmann mit seinem berühmten Affentheater, Vorstellungen im Schützen-Zirkus zu geben gedenkt. Im Sommertheater gastirt noch immer Fräulein Laura Schubert und macht an Sonntagen volle Häuser, wogegen an den Wochentagen das gebildete Publikum von ihren Offenbach-Vorführungen sich fern hält. — Die fünfte Schluß, die diesen Sommer ungemein in Aufnahme gekommen, wird bei dem jetzigen herrlichen Wetter viel frequentirt. Dieser herrlicher Platz war bis jetzt für das Publikum nicht zugänglich und ist mit seinem Fichtenwalde ein so herrlicher und gesunder Aufenthaltsort. Für die dort hinführende alte Straße müßte nur etwas geschehen, unsere Droschkentreiber fluchen diesen Weg. — Die Berliner „Modenwelt“ Nr. 22 enthält von unserem Hoflieferanten Geygand wiederum mehrere schöne Zeichnungen, der neuesten und geschmackvollsten Damencouffuren. — Der Musikdirektor W. Grahn beabsichtigt in diesem Jahre hier noch ein Musikfest mit Vereinigung der Thörner Gesangschräfte zu arrangiren. Zur Aufführung soll die Oper „Joseph“ kommen. Ueber 2 Jahre findet das nächste große Sängerfest in Bromberg statt.

Aus dem Jahresbericht der posener Handelskammer.

V.

Nachdem die Handelskammer ihre Ansichten, Wünsche und Gutachten ausgesprochen hat, betrachtet sie den Handel und Verkehr. Wie

sie die „Allgemeine Lage“ zeichnet, haben wir bereits in unserer ersten Anknüpfung des Berichts mitgeteilt, wir können daher bald zu den Einzelheiten übergehen. Die Handelskammer beginnt mit den „Vegetabilischen Produkten“ und leitet diesen Abschnitt wie folgt ein:

„Das Jahr 1871 zeichnet sich in seiner ersten Hälfte durch abnorme Witterungserscheinungen aus, welche die Erwartungen in Bezug auf das Ertragniß nicht hoch spannen ließen. Die Ansicht, daß bestenfalls die Ernte um mehrere Wochen hinausgeschoben werden würde, erwies sich als gerechtfertigt. Das Getreide hatte in der Blütheperiode, es hatten ferner die Kartoffeln, namentlich auf schweren und niedrig gelegenen Gründen, nicht unerheblich in der Ausbildung gelitten. Zum Glück nahm das Wetter von Mitte Juli ab bis Ende September mit geringer Unterbrechung einen normalen Verlauf an und dies kam dem Eintritten der Früchte zu Statten. Die Ernte fiel im Stroh sehr günstig aus, aber die Aehren waren in Folge der Schädigungen während der Blüthezeit vielfach scharf geworden und das Resultat des Dreißens ergab ein Minus an Körnern trotz der in der Mangelzahl mehrgewonnenen Menge. Die Kartoffeln konnten sich nicht mehr erholen, sie lieferten im Allgemeinen einen mangelhaften, nur auf höher gelegenen, nicht allzuschweren und durchlässigen Böden einen mittelmäßigen oder etwas über die Mittelmäßigkeit hinausgehenden Ertrag. Die Herbstmonate verliefen normal; die jungen Saaten konnten sich so ziemlich entwickeln, hatten aber von Mäusefraß zu leiden und der Stand derselben wurde nirgends sehr gelobt. Bei dem Transporte von Getreide, Hülsenfrüchten, Samen, Saat und Kartoffeln auf dem Bahnkomplexe Stargard-Posen-Breslau-Dawiecin war die hiesige Station betheiligt, und zwar:

	1871	1870
in der Richtung Stargard-Dawiecin als Versand-Station mit	86,386 Etrn.	221,287 Etrn.
als Empfangs-Station mit	39,528 „	45,753 „
in der Richtung Dawiecin-Stargard: als Versand-Station mit	84,804 Etrn.	101,027 Etrn.
als Empfangs-Station mit	100,821 „	49,378 „
Desgleichen war bei dem Transporte vorbezeichneter Produkte auf der im Juni 1870 eröffneten Märkisch-Posener Eisenbahn die hiesige Station im Jahre 1871 betheiligt, und zwar:		
als Versand-Station mit	179,983 Etrn.	
als Empfangs-Station mit	24,040 „	
Die diesseitigen Verladungen per Bahn beliefen sich:		
im Jahre 1871 auf circa	7,000 Wispel,	
im Jahre 1870 auf circa	10,000 „	
Von der oberen Warthe passirten:		
im Jahre 1871 circa	23,000 Wispel,	
im Jahre 1870 circa	19,000 „	

Unter den vegetabilischen Produkten hebt der Bericht den Weizen hervor und sagt:

Bei der nur mittelmäßig ausgefallenen 1870er Ernte eröffnete hierorts das Jahr mit Preisen von 72–79 Thlr., (pr. Wispel = 2100 Pfd.) welche sich unter kleinen Schwankungen von circa 2 Thlr. auf- oder abwärts bis zum April behaupteten. Die Zufuhren waren nicht von Belang und nahm der Konsum den größten Theil der besten Qualitäten für sich in Anspruch; was für den Versand übrig blieb, fand in Stettin schlanfes Unterkommen, auch waren benachbarte Mühlen öfters laufend am Markt. Mitte April erfuhren Preise einen Druck von 2 bis 3 Thlr., welcher aber schon Anfangs Mai nicht nur wich, sondern Mitte des Monats einer Steigerung von 2 bis 3 Thlr. Platz machte. Als Grund für diese Steigerung wurde größere Nachfrage für Frankreich angeführt; mehr als diese aber waren daran Gasse-Operationen an der Berliner Börse Schuld, welcher es gelang, dort die Preise pro Mai um 6 Thlr. über die folgenden Termine zu heben. Hierdurch fanden nicht nur alle, zu Rindungsziwecken geeigneten Posten zu hohen Preisen rasches Unterkommen, sondern die Rückwirkung machte sich auch auf die anderen Qualitäten geltend. Hierzu trat die kalte Witterung im Mai, welche Befürchtungen für die neue Ernte machte, und es griff für dieses Produkt eine günstige Meinung der Art Platz, daß außer effektiver Waare sogar spätere Termine zu hohen Preisen genommen wurden; per Herbst wurden in Berlin wie in Stettin 76 Thlr. bewilligt. Die erste Hälfte des Juni konnte die vorgefasste gute Meinung nicht erschüttern; erst dem warmen, normalen Wetter in der zweiten Hälfte des Juni war es vorbehalten, die Preise in weiche Richtung zu bringen. Die Kurse hühten vom höchsten Standpunkte sukzessive mehr als 7 Thlr. ein. Zufuhren waren hierorts während dieses Monats geringer als bisher, und so mußte der Konsum sowohl wie der Versand zu den Bodenlagern seine Zuflucht nehmen. Um Mitte Juli stellte sich heraus, daß die Weisernte durch das kalte Wetter mindestens drei Wochen sich verspaten müßte; Konsumanten nahmen hieraus Veranlassung, sich mit alter Waare zu versorgen, und da der eingetretene Regen gefährdet wurde, endlich noch tadelnde Berichte über den Ernteausfall in Frankreich sich hören ließen, so nahmen Preise wieder steigende Richtung: Anfangs August 70–76 Thlr. Es wurde diese Steigerung unbedingt größere Dimensionen angenommen haben, wenn nicht zu dieser Zeit Rußland und Amerika mit bedeutenden Ueberschüssen unsere sonstigen Abzugsquellen derart überflutheten, daß unsere benachbarten Mühlen sich viel billiger in Berlin und Stettin zu versorgen im Stande waren als hier.

Nichtsdestoweniger behaupteten Preise ihren hohen Standpunkt, und als das Ergebnis der 1871er Ernte in unserer Provinz sowohl wie in ganz Deutschland als nur mittelmäßig bekannt wurde, trat wiederum steigende Tendenz ein; Preise wurden dabei noch von dem Aufschwung der Roggenpreise affizirt und hoben sich so zu Anfang Oktober auf 80–84 Thlr. Auch während dieses Monats blieben Zufuhren gering, doch gaben Preise eine Kleinigkeit nach — 78–82 Thlr.; — die nach beendetem Einsaat erwarteten größeren Zufuhren stellten sich bis Ende des Jahres nicht ein. Gute Waare behauptete unter kleinen Schwankungen ihren Werth auf 80–86 Thlr., nur mittlere und geringe Waaren mußten sich eine kleine Reduktion gefallen lassen.

Die Marktpreise pro Scheffel (84 Pfd.) Weizen waren notirt:

	am Höchsten mit	am Niedrigsten mit
im Januar . . . 3	Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.	2 Thlr. 10 Sgr. — Pf.
im Februar . . . 3	„ 2 „ 6 „	„ 2 „ 10 „ — „
im März . . . 3	„ 5 „ — „	„ 2 „ 10 „ — „
im April . . . 3	„ 5 „ — „	„ 2 „ 10 „ — „
im Mai . . . 3	„ 6 „ — „	„ 2 „ 12 „ 6 „
im Juni . . . 3	„ 7 „ 6 „	„ 2 „ 12 „ 6 „
im Juli . . . 3	„ 3 „ 9 „	„ 2 „ 10 „ — „
im August . . . 3	„ 3 „ 9 „	„ 2 „ 10 „ — „
im Septbr. . . 3	„ 5 „ — „	„ 2 „ 20 „ — „
im Oktober . . 3	„ 17 „ 6 „	„ 2 „ 22 „ 6 „
im Novbr. . . 3	„ 17 „ 6 „	„ 2 „ 22 „ 6 „
im Dezember . 3	„ 13 „ 9 „	„ 2 „ 22 „ 6 „

Der Jahres-Durchschnittspreis vom Weizen berechnete sich auf 2 Thlr. 26 Sgr. 9 Pf.

Aus dem Königreiche Polen sind in die hiesige Provinz eingegangen:

im Jahre 1871 . . .	130,708 Scheffel Weizen
im Jahre 1870 . . .	113,780 „

Der Bericht schildert sodann den Verkehr in Roggen. Das Geschäft eröffnete zu Anfang des Jahres ziemlich ruhig, und stellten sich Preise in Anbetracht des nur mittelmäßigen Ernteausfalles auf 47 bis 49 Thlr. (pro Wispel = 2000 Pfund). Abzug war schwach; das Wenige, was verhandelt werden sollte, hatte mit Schwierigkeiten auf den Bahnen zu kämpfen und so sammelte sich hierorts, begünstigt von dem bewilligten Report von 2, — 1 Thlr. pro Monat ein ziemlich ansehnlicher Bestand an.

Im Februar und März trat das königliche Prohibit-Amt stark laufend in den Markt und bewirkte eine Steigerung der Preise auf über 50 Thlr. Das bessere Wetter zu Ende April, verbunden mit großen Zufuhren, stöckendem Abzug und weichen Preisnotizen von auswärts, hierzu noch bedeutende Anknüpfungen an hiesiger Börse zu Anfang des Maimonats, endlich noch der Eintritt des Prohibit-Amtes vom Einkaufe veranlaßten einen Rückgang der Preise um etwa 3 Thlr. und erst, als Mitte Mai der bewilligte berechnete Report die Anknüpfungsbedenken verschwinden machte und die Witterungsverhältnisse zu Besorgnissen Veranlassung gaben, hoben sich die Preise wiederum um circa 2 Thlr., aber bloß für kurze Zeit. Feine Qualitäten

waren den Schwankungen weniger ausgesetzt als die geringeren. Erstere waren ebenso für den Konsum, wie für Stettin mehr oder weniger gefragt, aber recht lebhaft begehrt zu Ende Mai und Anfangs Juni zur Befriedigung des Bedarfs, der sich in Stettin für schweren Roggen zum Export nach Schweden geltend machte; auch kam Einiges zum Versand per Bahn nach Sachsen und der Lausitz. Inzwischen waren auch in Berlin und Stettin bedeutende Lager meist aus geringeren Qualitäten bestehend (circa 10,000 Wispel an jedem der Plätze) angesammelt, und diese hätten auf den Preisstand drückend wirken müssen, wäre nicht das kalte regnierte Wetter noch zu Anfangs Juni eine Anregung für die Spekulation geworden, welche sich am deutlichsten darin manifestirte, daß in diesem Termine auf Herbst ein Report von 2–3 Thlr. bewilligt wurde; aber auch Sommermonate zogen um circa 2–3 Thlr. an, hühten indeß bei Eintritt besseren Wetters zu Mitte Juni nicht nur diese Steigerung vollkommen ein, sondern noch mindestens 1 Thlr. mehr. Die Zufuhren waren hierorts im Laufe des Monats höchst unbedeutend, veranlaßt durch vollkommene Erschöpfung der Bestände in erster und zweiter Hand.

Anfangs Juli trat regere Nachfrage für die besseren Sorten nach Sachsen auf und erhöhten sich dadurch Preise um circa 2 Thlr.; geringere Sorten erzielten aber bloß für Rindungsziwecke 45–46 Thlr. Zufuhren blieben sehr gering und nöthigten Konsumanten auf die Bodenbestände zu reflektiren; als Konsumanten traten sogar Reflektanten aus den kleinen Nachbarstädten sowie einzelne Gutsbesitzer auf, da die verspätete Ernte zu Einkäufen Veranlassung gab. Von da ab stiegen und fielen die Preise mit dem Barometer und als sich Ende Juli und Anfangs August günstigeres Wetter einstellte, erlitten solche wieder eine merkwürdige Einbuße. Rußland hörte während des ganzen Sommers nicht auf, bedeutende Posten Roggen auf die preussischen Seeläse zu werfen und versorgte auch auf direktem Wege zum größten Theile unsere nördlichen Nachbarn (Dänemark, Schweden und Norwegen), welche letzteren sich sonst regelmäßig im Sommer in Stettin mit Roggen versahen; die im Inlande aufgehäuften Bestände drückten daher um so mächtiger die Preise für den Herbsttermin herunter, als zur Zeit sich nirgends Verwendung zeigte. Erst das zu Mitte August von allen Seiten berichtete Auftreten der Kartoffelfrankheit war im Stande, dem Artikel Seitens der Spekulation mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Inzwischen wurden die Ernte-Resultate in Bezug auf die Garbenzahl bekannt, welche als höchst günstig bezeichnet werden mußten, denn man sah überall in ungewöhnlicher Menge Roggenschober aufstellen; durch die verschobene Ernte konnte nur sehr verzinst ans Dreischen gegangen werden und dadurch kamen die Erdruschresultate erst später als sonst zur allgemeinen Kenntniß. Mittlerweile wurden Preise unter Druck erhalten (45–46 Thlr.), bloß seine Waare wurde für den schwach verarbeiteten Konsum bis 50 Thlr. bezahlt. Obwar schon vereinzelt Klage über schlechte Erdruschresultate auftauchten, so dauerte doch dieses Verhältniß durch den Monat September bis Anfangs Oktober unter kleinen Schwankungen fort; erst um diese Zeit, wo schon häufiger gedroschen wurde, stellte es sich bis zur Evidenz heraus, daß das Ergebnis ein höchst mißliches und daß das an Garbenzahl mehr gewonnene Quantum bei Weitem nicht die Ausfälle beim Erdrusche zu decken im Stande sei. Jetzt wurde erkannt, wie richtig die feiner Zeit spurlos verfallene Klage von der Schartigkeit der Aehren, veranlaßt durch rauhes Wetter während der Blüthezeit waren, und die Ansicht wurde allgemein, daß die Roggenernte unserer Provinz zu den schlechtesten zählen wird. Das Gewicht stellte sich auf 74–79 Pfund heraus, ca. 4 Pfund geringer als 1870, und resultirt aus diesem Manko wiederum ein Ernteausfall von ca. 5 Prozent. Ähnliches wurde auch vom ganzen Osten der Monarchie berichtet, auch erwiesen sich die seiner Zeit gehegten Befürchtungen für die Kartoffelernte als vollkommen berechtigt, denn je allgemeiner mit der Aufnahme dieser Frucht vorgegangen wurde, desto häufiger wurden auch die Klagen über das Ernte-Resultat. Diese Ursachen, verbunden mit einer ungewöhnlich geringen Marktaufuhr, bewirkten eine rapide und sprunghafte Steigerung der Roggenpreise je nach Qualität auf 55–58 Thlr.

Benachbarte Mühlen, Sachsen und die Lausitz konkurrierten mit hiesigen Konsumanten beim lebhaften Bezuge von Waare, und mußten hierbei die alten Bodenbestände stark mit ausheben; zuletzt trat die Nachfrage so stürmisch und begehrtlich auf, daß sie zum Theil unbefriedigt bleiben mußte. Anfangs November waren die Bestände erschöpft, die Zufuhren blieben gering, aber auch die Nachfrage war nicht mehr so reg; unsere auswärtigen Abzugs-Geenden konnten sich schon durch heimische Zufuhren versorgen. Zudem zogen die starkherauf geschwollenen Preise seewärts neue Zufuhren, namentlich nach Stettin heran, es begann im Allgemeinen eine ruhigere Anschauung Platz zu greifen; man kalkultirte, daß bei den bestehenden hohen Preisen schon ein Ernteausfall in Berechnung gezogen sei, und so kam es, daß Kurse um einige Thaler zurückgingen — 53 — 54 Thlr. —, in welcher Höhe sie sich unter kleinen Schwankungen bis zu Ende des Jahres ziemlich behaupteten, und zwar fast in gleicher Höhe mit den Preisen in Stettin. Die Marktpreise pro Scheffel (80 Pfund) Roggen waren notirt:

	am Höchsten mit	am Niedrigsten mit
im Januar . . . 1	Thlr. 29 Sgr. 6 Pf.	1 Thlr. 25 Sgr. — Pf.
im Februar . . 2	„ 2 „ — „	„ 1 „ 25 „ 6 „
im März . . . 2	„ 2 „ — „	„ 1 „ 27 „ 6 „
im April . . . 2	„ 1 „ — „	„ 1 „ 27 „ — „
im Mai . . . 2	„ — „ — „	„ 1 „ 26 „ 6 „
im Juni . . . 2	„ — „ — „	„ 1 „ 17 „ 6 „
im Juli . . . 1	„ 29 „ — „	„ 1 „ 24 „ — „
im August . . . 1	„ 29 „ — „	„ 1 „ 23 „ 9 „
im September . 2	„ 1 „ — „	„ 1 „ 24 „ 6 „
im Oktober . . 2	„ 10 „ — „	„ 1 „ 26 „ — „
im November . 2	„ 9 „ — „	„ 2 „ — „ — „
im Dezember . 2	„ 7 „ — „	„ 2 „ — „ — „

Der Jahres-Durchschnittspreis von Roggen berechnete sich auf 1 Thlr. 29 Sgr. 11 Pf.

Die Börsenpreise für Roggen (pro 25 Scheffel = 2000 Pfd.) stellten sich im Jahre 1871 an den nachbezeichneten Terminen für Lieferungen an denselben wie folgt:

	Höchster Preis.	Niedrigster Preis.	Regulierungs-Preis am Stichtage.
Januar . . .	49 1/2 Thlr.	47 1/2 Thlr.	49 1/2 Thlr.
Februar . . .	50 1/2 „	48 1/2 „	50 1/4 „
März . . .	50 1/2 „	48 3/4 „	49 1/8 „
Frühjahr (vom 15. März bis 30. April.)	50 1/4 „	47 1/4 „	47 1/4 „
April . . .	49 1/2 „	47 1/4 „	47 1/4 „
Mai . . .	48 3/4 „	47 1/4 „	48 1/8 „
Juni . . .	48 1/4 „	46 1/2 „	46 1/2 „
Juli . . .	46 1/4 „	44 1/2 „	45 3/4 „
August . . .	47 1/8 „	45 1/2 „	46 1/4 „
September . .	48 1/2 „	46 „	47 „
Herbst (vom 15. Septbr. bis 31. Oktbr.)	55 1/4 „	47 1/2 „	55 „
Oktober . . .	55 1/4 „	47 1/2 „	55 „
November . . .	54 „	51 „	51 „
Dezember . . .	53 3/4 „	51 „	52 3/4 „

Aus Polen sind in die Provinz eingeführt worden:

im Jahre 1871 . . .	436,099 Scheffel Roggen,
im Jahre 1870 . . .	632,060 Scheffel Roggen.

Vermischtes.

* **Erdbeben in Schottland.** Am 8. August Nachmittag wurde ein heftiger Erdstoß in Allan-Bridge und über einen weiten Bezirk wahrgenommen. In Braco und Kinbuck wurden die Fensterscheiben zertrümmert. In Stirling, Gladstone-villas und anderen Plätzen wurde der Stoß, den ein Rollen begleitete, ebenfalls empfunden. Ein

